das Beratungsverfahren so verkürzt haben, dass eine ordnungsgemäße Beratung nicht möglich war.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Martin Börschel (SPD): Wir haben uns große Mühe gegeben – als Sachverständige und als Abgeordnete hier im Parlament –, aber Sie haben diese Möglichkeit dem Parlament nicht gegeben.

Wenn Ihnen schon die Opposition egal ist, dann lassen Sie sich wenigstens an Ihrer eigenen Ehre als Parlamentarier packen.

(Marc Lürbke [FDP]: Was ist denn mit der Redezeit?)

Auch Sie müssen als Abgeordnete einen Haushalt ordnungsgemäß beraten. Sie sind Parlamentarier und nicht Abnicker.

(Daniel Sieveke [CDU]: Die Redezeit!)

Das wollte ich Ihnen zum Abschluss noch sagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die AfD-Fraktion hat sich Herr Kollege Loose gemeldet.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Lienenkämper!

(Heiterkeit)

– Minister! Sie sind noch nicht Ministerpräsident. – Das kommt vielleicht noch; das klären Sie dann noch untereinander.

(Heiterkeit – Rainer Schmeltzer [SPD]: Keine Drohungen!)

– Meine Redezeit läuft ab; ich muss mich beeilen.

(Heiterkeit von der AfD)

Sehr geehrter Herr Minister Lienenkämper! Rekordsteuereinnahmen, historisch niedrige Zinsen: All das haben Sie. Der Volksmund sagt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. – Wir als AfD haben Ihnen Sparvorschläge mit einem Volumen von mehreren Hundert Millionen € für die Legislaturperiode vorgelegt. Diese haben Sie alle abgelehnt.

Sparen muss man auch wollen, Herr Lienenkämper. Sie geben jedoch im Haushalt 2018 rund 500 Millionen € mehr aus als in 2017. Das ist ein Armutszeugnis für Ihre Regierung. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Loose. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur ersten Abstimmung. Wir stimmen erstens ab über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1512, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Wir stimmen über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab.

Wer dem Einzelplan 12 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis in zweiter Lesung **angenommen**.

Wir kommen zweitens zu der Finanzplanung 2017 bis 2021. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1519, die Finanzplanung 2017 bis 2021 zur Kenntnis zu nehmen. Die Kenntnisnahme verbietet eigentlich eine Abstimmung. Deshalb schaue ich in die Runde, ob sich zur Kenntnisnahme kollektiver Widerspruch ergibt. – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Kenntnisnahme der Finanzplanung 2017 bis 2021 erfolgt**.

Zur Erinnerung: Die **Abstimmung** über den **Einzelplan 20**, den **Text des Haushaltsgesetzes und dessen Anlagen**, zum **GFG** und zur **Änderung** des **Stärkungspaktgesetzes** werden wir, wie vorhin bereits dargestellt und allen bekannt, erst **morgen nach Abschluss aller Einzelpläne** vornehmen. Wir werden dann auch über die **Rücküberweisung** der **vorgenannten Gesetzentwürfe** zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden.

Das **Haushaltsbegleitgesetz 2018** erfordert nur zwei Lesungen. Ich schließe die Beratung zu diesem Gesetzentwurf und weise darauf hin, dass die **Abstimmung** in zweiter Lesung **bis zur Abstimmung des Haushaltsgesetzentwurfs in dritter Lesung zurückgestellt** wird.

Mit diesen Bemerkungen können wir die Generaldebatte einschließlich der Abstimmungen endgültig schließen.

Wir kommen nun zur Beratung der Einzelpläne.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

a) Wirtschaft und Landesplanung
b) Energie
c) Innovation und Digitalisierung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1514

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1544

Wir steigen ein in die Beratung von Teilbereich

a) Wirtschaft und Landesplanung

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Sundermann von der SPD-Fraktion das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sprechen nun über den Bereich Wirtschaft und Landesplanung in Einzelplan 14. Der Einzelplan 14 umfasst 1,3 Milliarden € und ist damit eher einer der kleineren Haushalte.

Gewachsen ist er vor allen Dingen durch die Neusortierung der Ministerien. Im FDP-geführten Wirtschaftsministerium sind die Bereiche Klima, Landesentwicklungsplanung, IT.NRW und Innovation eingefügt worden. All diese Bereiche sind aus aktuell CDU-geführten Ministerien eingefügt worden.

Dazu möchte ich Herrn Pinkwart schon einmal gratulieren – das haben Sie sicherlich gut gemacht. Aus unserer Sicht wird da aber deutlich, wer Koch und wer Kellner in der Wirtschaftspolitik Nordrhein-Westfalens ist.

Das scheint auch Herr Laschet erkannt zu haben; denn er hat nach dem Ende der Verhandlungen zur Jamaika-Koalition deutlich gemacht – und auch heute kann man es auf „SPIEGEL ONLINE“ lesen –, dass die CDU die freigemachten Themen „Handwerk“, „Mittelstand“, „Energie“ und „Industriearbeitsplätze“ zukünftig für sich in Anspruch nehmen möchte.

Wenn das von Nordrhein-Westfalen schon auf Bundesebene versucht werden soll, dann lassen Sie uns doch einmal schauen, wie das bisher mit Blick auf die Industriearbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen funktioniert hat. Ich möchte dazu von der Homepage der IG Metall Nordrhein-Westfalen den IG-Metall-Bezirksleiter Knut Giesler zitieren. Er sagt:

> „Denn entweder wird geschwiegen oder es wird sich auf die Position zurückgezogen, dass es sich um Unternehmensentscheidungen handelt, in die sich Politik nicht einzumischen habe und könne.“

So ist Ihre Industriepolitik, die Sie hier machen. Wenn das die Blaupause für das ist, wie Sie sich auf Bundesebene einbringen wollen, dann können wir uns sicherlich von der Industrie in Nordrhein-Westfalen verabschieden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Einzige, was wir von Ihnen hören – das wirft Ihnen auch die IG Metall vor –, ist, wie ich es immer formuliere, dröhnendes Schweigen. Wo sind denn Ihre Aussagen zu Siemens, zu GE und zu thyssenkrupp? Wo sind Sie denn, Herr Minister Dr. Pinkwart und auch Herr Ministerpräsident Laschet?

Der negative Höhepunkt war sicherlich die Absage des Stahlgipfels. War es in Nordrhein-Westfalen nicht über Jahrzehnte Tradition, an die Sie vielleicht versucht haben, anzuknüpfen, alle an einen Tisch zu setzen und Lösungen zu finden? Und? – Es hat nicht funktioniert. Warum hat es nicht funktioniert? – Weil die Gewerkschaften Ihnen dieses Bemühen nicht abgenommen haben, Herr Ministerpräsident.

Wenn man sich die Genese dieses Stahlgipfels anschaut, dann ist es doch total verständlich, dass die Gewerkschaften das nicht gemacht haben. Am Anfang mussten wir Sie zum Jagen tragen. Erst durch einen Antrag der SPD-Fraktion sind Sie auf die Idee gekommen, die Tradition der Stahlgipfel in Nordrhein-Westfalen fortzuführen. Am Anfang haben Sie gesagt: Nein, die Fusion von thyssenkrupp und Tata soll überhaupt kein Thema sein. – Ja, nein, vielleicht. Meine Damen und Herren, dass das nicht glaubwürdig ist, werden Sie den Gewerkschaften doch sicherlich nicht in Abrede stellen wollen.

(Beifall von der SPD und Horst Becker [GRÜNE] – Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

Die Frage, die man sich stellen kann, lautet: Ist es nur ein organisatorischer Mangel oder ist es etwas anderes? – Nein, meine Damen und Herren, wir glauben nicht, dass es ein organisatorischer Mangel ist, weil Herr Minister Dr. Pinkwart in dem Bereich durchaus professionell ist, was man sicherlich nicht von der ganzen Landesregierung sagen kann.

Nein, meine Damen und Herren, es ist ein Unterschied zwischen SPD auf der einen Seite und Schwarz-Gelb auf der anderen Seite. Sie sagen – ideologisch hinterlegt –: Der Markt wird es richten. – Das ist Ihre Ansicht! Sie sagen: Der Markt soll es richten. – Wir sagen: Man muss sich kümmern. Man muss vermitteln. – Der Grund dafür ist, dass wir den Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Sie machen das eben nicht.

(Beifall von der SPD und Horst Becker [GRÜNE] – Widerspruch von der CDU)

Sie stellen die Rendite anonymer Shareholder auf eine Ebene mit den Menschen in diesem Land. Das ist nicht in Ordnung. Wir trauen uns aber, zu sagen: Es ist unanständig von Unternehmen in diesem Land, Arbeitsplätze abzuschaffen, wenn sie hochprofitabel sind. Das ist unanständig!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Am Ende schaffen Sie es eben nicht, diesen Ausgleich herzustellen. Sie schaffen es auch nicht – Herr Minister Lienenkämper hat eben gesagt, es sei eine der Zielmarken Ihrer Regierung –, aus der Marktwirtschaft eine soziale Marktwirtschaft zu machen.

Deutlich wird diese ideologische Hinterlegung auch an einigen Dingen, die Sie in dem sogenannten Entfesselungspaket aufgelegt haben.

Das Erste, zu dem ich kurz etwas sagen möchte, ist das Ladenöffnungsgesetz. Auch hier setzen Sie nicht auf Konsens und auf Dialog, sondern Sie wollen über eine Gesetzesinitiative den Sonntag ein Stück weit diskreditieren. Ich möchte das mit einem Zitat aus der Anhörung hinterlegen, die wir Anfang dieser Woche durchgeführt haben, und zwar aus einer Stellungnahme der Kirchen in diesem Land.

Um die Möglichkeit eines Konsenses zwischen allen Beteiligten in Bezug auf das LÖG auszuloten, hatte der seinerzeitige Wirtschaftsminister im Februar des Jahres einen runden Tisch mit Spitzenvertretern von Einzelhandel, Gewerkschaften, kommunalen Spitzenverbänden, Bezirksregierung und Kirchen einberufen. Die dort eingesetzte Arbeitsgruppe stand kurz vor der Verabschiedung eines gemeinsamen Handlungsleitfadens zur Umsetzung der Ausnahmeregelungen für das Ladenöffnungsgesetz. Wir waren kurz vor einer Einigung mit allen, die sich um dieses Ladenöffnungsgesetz gekümmert haben.

Sie haben diesen andeutenden Konsens aufgelöst, weil es Ihnen nicht, wie Sie ein Stück weit suggerieren, um Rechtssicherheit geht, sondern Sie wollen die Sonntagsruhe in diesem Land schleifen. Sie wollen auch den Sonntag dem Kommerz opfern. Ich muss Sie fragen: Warum gehen Sie nicht ehrlich daran und sagen: Wir wollen 24/7! 24 Stunden sieben Tage die Woche sollen die Läden offen haben! Das wäre eine ehrliche Aussage.

(Beifall von der SPD – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Genau! So ist es! – Zuruf von der FDP: Das wollen wir nicht!)

Ich kann mir vorstellen, dass dieser Teil der Landesregierung das will. Ob das der christliche Teil der Landesregierung auch will, diese Antwort müssen Sie geben.

(Zurufe von der FDP)

Ein weiterer Aspekt beim Ladenöffnungsgesetz ist Folgender: Sie wollten das Gesetz rechtssicher machen. Sie stellen jetzt aber fest: Es ist nicht rechtssicher. Weil Sie mutlos sind, werfen Sie diese Problematik den Kommunen wieder vor die Füße. Vielleicht können Sie es noch ändern? Herr Laschet, ich fordere Sie auf: Setzen Sie sie um! Die Kommunen haben Ihnen doch Vorschläge gemacht. Haben Sie mit Ihrer Landesregierung den Mut, wenn Sie diese Lösung wollen, das Gesetz so rechtssicher zu machen, dass es umgesetzt werden kann. Packen Sie es nicht den Kommunen auf die Schultern.

Meine Damen und Herren, dazu, dass Sie mutlos sind und den Kommunen Dinge vor die Füße werfen, werde ich gleich im Bereich Energie noch einiges sagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Sundermann. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Rehbaum.

Henning Rehbaum (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren war nicht zufriedenstellend. NRW ist Schlusslicht in wichtigen Feldern. Das reale Wirtschaftswachstum betrug zwischen 2008 und 2016 nur 4,5 %, während Deutschland ein Wachstum von 8,2 % verzeichnete.

Durch die rot-grüne Stillstandspolitik hat Nordrhein-Westfalen wertvolle Jahre verloren. Der Boom in weniger starken Regionen darf den Blick auf strukturelle Herausforderungen nicht verstellen. Fehlende Investitions- und Innovationsdynamik ist festzustellen. Es gibt eine unterdurchschnittliche FuE-Quote. Es gibt eine unterdurchschnittliche Investitionsquote. Es gibt ein unterdurchschnittliches Venture Capital Investment. Und es gibt zu wenig Technologietransfer und Ausgründungen trotz zahlreicher Hochschulen im Land. Nicht zuletzt gibt es eine inakzeptable Bürokratiebelastung für Wirtschaft und Verwaltung.

Die Folgen des rot-grünen Stillstands sind hohe regionale Arbeitslosigkeit, hohe Sozialkosten, niedrige Beschäftigung, zu geringes Steueraufkommen und eine wachsende Kinderarmut.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Im Münsterland zum Beispiel!)

Dass sich diese in sieben Jahren verschlechtert haben, liegt an der falschen Prioritätensetzung von Rot-Grün. Egal, was SPD-Minister Duin im Kabinett Kraft an sinnvollen Dingen für Wirtschaft und Arbeitsplätze vorhatte, er konnte sich sicher sein, dass ihm ein grüner Minister Stöcke in die Speichen steckte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Abhilfe konnte hier nur noch ein kompletter Regierungswechsel schaffen, und genau dafür haben die Wählerinnen und Wähler gesorgt.

Schon offenbart sich der große Unterschied zwischen uns und Ihnen. In der NRW-Koalition kommen Wirtschaft und Soziales, Umwelt und Klimaschutz in ein gesundes Gleichgewicht. Bei Rot-Grün dagegen saß der Wirtschaftsminister immer nur am Katzentisch.

Der Haushaltsplan für 2018 ist durchweg positiv: 16 % mehr Mittel im Haushalt des Wirtschaftsministeriums sind ein Signal, dass wir es mit einer Politik für Wachstum und Arbeitsplätze ernst meinen. 8 Millionen € mehr Förderung für das Handwerk, 80 Millionen € für die regionale Wirtschaftsstruktur, 2,4 Milliarden € EFRE-Mittel, die bis 2020 durchgeleitet werden, Mittel für den Forschungstransfer, 25 Millionen € für die Start-up-Förderung und die Stärkung der Industrie.

An dieser Stelle sei gesagt, kurzfristig gilt es, eine etwaige Fusion von thyssenkrupp und Tata bestmöglich für Mitarbeiter und NRW-Standorte zu gestalten. Wenn Minister Pinkwart, lang angekündigt, zum Stahlgipfel einlädt, kann dieser nur gelingen, wenn auch alle teilnehmen – nicht nur Politik und Unternehmen, sondern natürlich auch die Gewerkschaften.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gleichzeitig müssen wir uns in einer solchen Runde intensiv um die Zukunft der Stahlerzeugung in Nordrhein-Westfalen kümmern. Hierzu nur ein Stichwort: die klimaneutrale Stahlerzeugung, wie sie in Schweden schon betrieben werden kann.

(Horst Becker [GRÜNE]: Davon seid ihr noch meilenweit entfernt!)

Neben klugen Anreizen und unkomplizierten Fördergeldern setzt die NRW-Koalition auch auf Maßnahmen, die kein Geld kosten, aber große Wirkung für die Befreiung der Wirtschaft von ideologischen Fesseln haben.

Vor allem ist das der Bürokratieabbau. Wir nehmen den Unternehmen Steine aus dem Rucksack, damit sie im Wettbewerb die Nase vorn haben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Dazu kommt ein LEP mit Anreizen für Arbeitsplätze und den Erhalt von industriellen Wertschöpfungsketten im Land, mehr Kompetenzen für die Entscheidungsträger vor Ort,

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

eine flexiblere Flächenausweisung und Bevorratung vor Ort, wo der Bedarf besteht, und weniger Flächenverbrauch für Ausgleichsmaßnahmen.

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Die NRW-Koalition räumt den Weg frei, damit Unternehmen erfolgreich arbeiten und Jobs schaffen können. Die NRW-Koalition hat einen klaren Kompass – die soziale Marktwirtschaft,

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

ausgewogene Politik für Arbeitnehmer und Unternehmer mit Innovationskraft und Respekt für die Zugpferde unserer Wirtschaft, mit Wohlstandsmehrung und sozialer Verantwortung. Das Unfairste, was man Menschen antun kann, liebe SPD, ist chronische Untätigkeit bei verfestigter Arbeitslosigkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir von der CDU-Fraktion sind der Meinung: Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft. – Und da hat Rot-Grün kläglich versagt.

(Sarah Philipp [SPD]: Unglaublich! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Och!)

Der vorliegende Wirtschaftshaushalt ist ein wichtiger Baustein für den Aufbruch in NRW, damit Unternehmer in Nordrhein-Westfalen wieder Spaß an der Arbeit finden und Arbeitsplätze schaffen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Manche Wirtschaftswissenschaftler weisen darauf hin, dass Wirtschaftspolitik zu 50 % aus Psychologie besteht. Aber selbst wenn man diesem Leitsatz folgen würde, wären es immer noch 50 % harte Fakten, und zu harten Fakten gehören in der Wirtschaftspolitik jedenfalls nach unserer Ansicht auch kluge staatliche Interventionen und nicht nur das Reden von Innovationen.

Schauen wir uns die Fakten nach einem halben Jahr an, und ein halbes Jahr ist immerhin schon 10 % der Regierungszeit: Es vergeht keine Woche ohne Vorlesungen des Wirtschaftsministers über Start-ups und Innovationen. Der Ministerpräsident selbst lässt keine Sonntagsrede aus, um in NRW über die ach so wichtigen industriellen Kerne und Arbeitsplätze zu räsonieren,

(Zuruf von der CDU: Finden Sie die nicht wichtig?)

ist aber gleichzeitig dauernd auf dem Weg nach Berlin und verwechselt auf dem Weg dahin offensichtlich Industriearbeitsplätze zunehmend mit Braunkohletagebau. Währenddessen droht hier in NRW gerade

der Ausverkauf, Herr Ministerpräsident, genau der industriellen Wertschöpfungen, über die Sie in Sonntagsreden so gerne sprechen.

Thyssenkrupp plant ein für Standorte und Arbeitnehmer hochriskantes Joint Venture in seiner Stahlsparte. General Electric will die Fertigung in Mönchengladbach schließen, Goodrich Control Systems den Standort in Neuss, und Siemens plant in Mülheim Stellenabbau.

Nehmen wir mal das Beispiel Siemens und vergleichen wir Ihre Tätigkeiten mit denen anderer Ministerpräsidenten. Während die Ministerpräsidenten anderer Länder sich für den Erhalt ihrer Standorte und Arbeitsplätze einsetzen, egal, ob es Herr Bouffier ist, Herr Ramelow, Herr Müller oder vor Kurzem auch noch Herr Tillich, äußert der NRW-Wirtschaftsminister Verständnis für Siemens.

Ich zitiere ihn aus der „NRZ“ vom 17. November 2017:

> „Die Entscheidungen bedeuten für die Betroffenen harte Einschnitte, aber das Bemühen um Wettbewerbsfähigkeit ist grundsätzlich im Sinne der Mitarbeiter und des Industriestandortes NRW. Die Verantwortung hierfür liegt beim Unternehmen.“

Herr Pinkwart, ähnlich banal haben Sie sich übrigens auch zu thyssenkrupp geäußert. Das ist eben kein Einzelfall. Diese Zurückhaltung hat ideologische Gründe, und wir waren hier in NRW in der Vergangenheit einen anderen Einsatz von unseren Wirtschaftsministern gewohnt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Bei all dem frage ich mich und fragt sich auch die Öffentlichkeit zunehmend: Wo ist eigentlich der Ministerpräsident? Was sagt eigentlich Herr Laschet dazu, dass die IG Metall inzwischen gegen diese Untätigkeit protestiert und aus Protest die Teilnahme am Stahlgipfel abgesagt hat? Und was sagt Herr Laschet dazu, dass der Minister selber den Stahlgipfel absagen musste und abgesagt hat und es erst im nächsten Jahr dazu kommt?

Meine Damen und Herren, wenn die letzte Landesregierung sich so ein Vorgehen geleistet hätte, hätte Herr Laschet hier am Pult gestanden und Zeter und Mordio geschrien, und heute schaut er zu, wie sein Wirtschaftsminister in all diesen Angelegenheiten nichts unternimmt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Unsere Aufforderung an Sie lautet: Kommen Sie endlich in der Wirklichkeit an, beschäftigen Sie sich mit den praktischen Fragen und hören Sie mit Ihren ideologisch-rhetorischen Oppositionsspielchen auf.

Wenn Sie schon Ihre Entfesselungsfantasien ausleben, dann sprechen Sie mit Siemens über die Sprengkraft eines entfesselten Kapitalismus, in dem Firmen Milliardengewinne machen, neue Milliardenaufträge abschließen, die Firmenchefs von ethischen Grundsätzen reden, während gleichzeitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer freigesetzt werden sollen. Von diesem Wirtschaftsminister erwarten wir keine Intervention, von Ihnen, Herr Ministerpräsident, hätten wir sie erwartet.

Meine Damen und Herren, während in der realen Welt und in der realen Wirtschaft dringende Handlungserwartung an diese Landesregierung besteht, macht diese Regierung nichts anderes als Entfesselungsrhetorik und Entfesselungsspielchen. Einige Beispiele zeigen, worum es Ihnen im Gegensatz zu den harten realen Fakten geht.

Sie wollen mit vier zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntagen laut Ihren eigenen Aussagen den Einzelhandel vor dem Versandhandel schützen. Daran glaubt außer Ihnen kein Mensch. Würden Sie sich wirklich mit dem Versandhandel und mit der Konkurrenz zum Einzelhandel beschäftigen, müssten Sie sich mit Stadtlogistikkonzepten beschäftigen. Sie müssten sich mit der Frage beschäftigen, welche Steuervorteile diese Unternehmen eigentlich wahrnehmen. Das alles tun Sie nicht.

(Sarah Philipp [SPD]: Das stimmt!)

Stattdessen wollen Sie vier zusätzliche verkaufsoffene Sonntage einführen.

Sie haben übrigens – das hat der Kollege Sundermann eben schon völlig zu Recht gesagt – dabei völlig übergangen, dass ein runder Tisch kurz davor war, gemeinsame Vorschläge vorzulegen. Auch das hat Sie nicht interessiert. Wertschätzung der Arbeit von Kirchen, Gewerkschaften und Wirtschaft an diesem runden Tisch? – Null! Das interessiert Sie überhaupt nicht.

Sie interessiert auch nicht der Wink mit dem Zaunpfahl, den das Verwaltungsgericht Düsseldorf am 7. Dezember 2017 zur Verfassungsmäßigkeit von verkaufsoffenen Sonntagen gegeben hat. Nicht umsonst ist Ihnen in der Anhörung vorhergesagt worden, dass Sie mit dieser Art von Anlässen, die Sie schaffen, die aber letztlich den rechtlichen Ansprüchen überhaupt nicht gerecht werden, vor den Gerichten scheitern werden.

Sie geben sich auch mit der Komplettrasur des Tariftreue- und Vergabegesetzes Ihrer eigenen Ideologie hin. Sie geben vor, Unternehmen zu entfesseln. Aber wen entfesseln Sie? Auf wessen Kosten entfesseln Sie? In Wahrheit entfesseln Sie doch die, die sich eben nicht an Regeln halten, und Sie schädigen die Unternehmen und auch die Handwerksbetriebe, die sich an Regeln halten, die die entsprechenden Löhne zahlen, die schauen, wer in ihrer Wertschöpfungskette was produziert hat und wer mit welchen Löhnen gearbeitet hat.

Übrigens: Wenn Sie sich schon mit der Förderung des heimischen Handwerks beschäftigen wollen, dann müssen Sie sich mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit beschäftigen. Von all dem hört man von Ihrer Regierung nichts.

Ich könnte diese Beispiele fortsetzen. Genauso ist es bei der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens beim LANUV. Bürokratieabbau? – Sie müssten es besser wissen. Schon vor 2010 sind die Verwaltungsgerichte in den Verfahren untergegangen. Sie wollen die Clearingstelle Mittelstand zur Stimme der Wirtschaft umbauen, obwohl Sie damit mehr Bürokratie schaffen und selbst die Wirtschaft das so nicht will.

Meine Damen und Herren, zusammengefasst ist Ihre Wirtschaftspolitik nichts anderes als Illusionskunst. Sie tanzen unter dem Zirkuszelt die Entfesselungsnummer. Kommen Sie in der Wirklichkeit an! Beschäftigen Sie sich mit der realen Wirtschaft in NRW! Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Firmen in Nordrhein-Westfalen haben es dringend nötig. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Guten Tag, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Am vergangenen Montag war die Anhörung zum ersten Entfesselungspaket der NRW-Koalition und ihres Wirtschaftsministers Andreas Pinkwart. Der weit überwiegende Teil der Experten, alle Vertreter aus der Wirtschaft, aus Unternehmen, aus Verbänden, die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen, haben nochmals zwei Dinge sehr deutlich gemacht: zum einen, wie verfehlt die wirtschaftsfeindliche Politik der rot-grünen Landesregierung, die abgewählt worden ist, gewesen ist,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

und zum anderen, wie sehr der nötige und dringende Neustart der Wirtschaftspolitik, den wir als NRW-Koalition eingeleitet haben, auf Zuspruch stößt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Tatsächlich geht ein Aufatmen durch die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Michael Hübner [SPD]: Wo? Bei Thyssen? Bei Siemens? Bei General Electric? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Bei den Maschinenbauern?)

Die Betriebe sind erleichtert, weil wir jetzt das zum Maßstab machen, was Wachstum, Innovation und Fortschritt bringt. Die NRW-Koalition will als Partnerin der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben unser Land aus der Lethargie führen und von den Abstiegsplätzen wieder nach vorne holen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir wollen eine starke Wirtschaft, die aus der Position der Stärke heraus für andere attraktiv und vorbildlich ist. Wir wollen hohe soziale Standards gerade langfristig garantieren. Wir wollen auch echten Verbraucherschutz

(Michael Hübner [SPD]: „Auch“ und „echten“!)

statt plakativer Scheinhilfen. Umweltschutz und Wirtschaftsstärke sind für uns keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Um dieses gemeinsame Koalitionsziel zu erreichen, haben wir das Wirtschaftsministerium – das war lange gefordert – endlich wieder gestärkt. Dieses aufgewertete Ministerium kann jetzt diese Stärke ausspielen.

(Zuruf von der SPD: Ei, ei, ei!)

Das sehen wir auch an diesem Haushalt, der für die wesentlichen Schwerpunkte in diesem Einzelplan deutliche Aufwüchse vorsieht. Dass Sie das anscheinend ja genauso sehen, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, wird daran deutlich, dass Sie kein Wort der Kritik an diesem Haushalt geäußert haben.

Die Wirtschaftspolitik, die Bereiche „Energie und Klimaschutz“ sowie „Digitalisierung und Innovation“ werden deutlich aufgewertet. Der Schwerpunktbereich der Wirtschaftspolitik wird mit einem Aufwuchs von 13,6 Millionen € mehr als verdoppelt.

Noch wichtiger als die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel ist aber die dahinter stehende Idee, meine Damen und Herren. Ich bin Wirtschaftsminister Pinkwart ausgesprochen dankbar, dass er diese Idee, diese Strategie der NRW-Koalition immer wieder deutlich macht: Wir fördern Innovation statt Ideologie.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es geht eben nicht um klassische Industrie <u>oder</u> Start-ups, es geht um beide. Es geht eben nicht um Konzerne <u>oder</u> KMU, es geht um beide. Es geht vor allen Dingen auch nicht um Wirtschaft <u>oder</u> Klimaschutz; auch hier geht es um beides. Es geht darum, das alles wertzuschätzen, auch politisch zu begrüßen und zu begleiten, was Wachstum, Fortschritt und Arbeitsplätze erhält oder schafft. Deshalb ist unsere Kultur eine Willkommenskultur für Investitionen. Das müssen wir etablieren.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Ich will das kurz an drei Punkten verdeutlichen.

Erstens: Ein wesentlicher Faktor in diesem Bereich ist die Landesplanung. Wir werden die rot-grüne Verhinderungsplanung beenden, meine Damen und Herren. Wir werden den Betrieben und den Kommunen in Nordrhein-Westfalen wieder mehr Möglichkeiten zur Entwicklung geben, auch in kleineren Ortschaften, für bestehende Betriebe und für neue Ansiedlungen. Übrigens werden wir auch bei erneuerbaren Energien wie Solarenergie oder Geothermie Perspektiven schaffen.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Wir stärken die Entwicklung zum Beispiel der Region Emscher-Lippe mit newPark und damit die Wirtschaftskraft der Region.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir ermöglichen der privaten Wirtschaft das Schaffen von Arbeitsplätzen in diesem Land. Das ist die Landesplanung der NRW-Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein zweiter Punkt: Für uns sind Handwerk und Mittelstand – eben keine Großkonzerne, eben nicht in erster Linie die Shareholder – die zentrale Basis für unsere Wirtschaft. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir letzte Woche im Wirtschaftsausschuss bereits einen Antrag beschlossen haben, der ein wichtiges Signal an das nordrhein-westfälische Handwerk sendet. Die NRW-Koalition wird die gemeinsamen Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zur Grundlage der Handwerks- und Mittelstandspolitik in diesem Land machen.

Auch für das Handwerk ist der digitale Transformationsprozess in der nächsten Zeit die große Herausforderung. Ich freue mich deshalb darüber, dass bereits in diesem Haushalt eine Anschubfinanzierung von 1 Million € enthalten ist, um den Digitalisierungsgrad zu erhöhen. Wir werden hier weitermachen. Denn wir wissen, was gerade die Betriebe von Handwerk und Mittelstand für Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze leisten. Deshalb sagen wir: Wer Zukunftschancen schafft, hat Zukunftschancen verdient. – Wir werden weitere Maßnahmen treffen.

Der dritte und letzte Punkt – auch diesen Punkt will ich nicht geringschätzen – ist: Wir werden die industrielle Basis in diesem Land wieder stärken. Zügige Planungsmöglichkeiten gehören ebenso dazu wie die Abschaffung überflüssiger, unnötiger bürokratischer Belastungen – beispielsweise des Spionageerlasses, der sehr zügig abgeräumt worden ist. Weitere Schritte werden folgen.

Während der ehemalige Wirtschaftsminister unter Rot-Grün hier nur Sonntagsreden halten durfte, wird unter der NRW-Koalition eine moderne Industriepolitik für einen zukunftsfähigen Industriestandort auch zum Regierungshandeln werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich möchte mich bereits jetzt bei Wirtschaftsminister Professor Dr. Pinkwart ausdrücklich bedanken, der den Neustart in der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen mit hohem Tempo nach vorne bringt. Sein Haus und alle Mitarbeiter des Hauses sind in bemerkenswerter Weise Schrittmacher und Garanten dafür. Das erste Paket ist noch fast druckfrisch, da erreicht schon das zweite Entfesselungspaket das Beratungsverfahren. Machen Sie weiter so! Unsere Unterstützung haben Sie. Ich freue mich sehr darauf, mit Ihnen hier im Hohen Haus in den kommenden Jahren um die besten Lösungen zu ringen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine schöne Weihnachtszeit. Erholen Sie sich gut! Sie werden es brauchen; denn wir werden in diesem Tempo weitermachen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Strotebeck das Wort.

Herbert Strotebeck (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Politik besteht nicht nur aus Einzelplänen und Titeln. Politik besteht vor allem aus dem, was Politik macht, was Politik fördert, und auch aus dem, was Politik nicht ermöglicht.

Im Zusammenhang mit dem, was sie nicht ermöglicht, sticht uns Ihr Windkrafterlass ins Auge. Die Möglichkeiten, Windräder aufzustellen, werden damit drastisch beschnitten. Wir konnten das heute auch in der „Rheinischen Post“ ganz aktuell lesen, und zwar in dem Artikel über das Entfesselungspaket II.

Nicht nur einige Experten in der Anhörung am letzten Mittwoch fanden das sehr gut. Dort fiel unter anderem auch die Bemerkung, Windkraft sei volkswirtschaftlicher Unsinn. Es wurden sehr eingängig die verheerenden Auswirkungen für die Natur, die Vogelwelt und die Gesundheit der Bürger thematisiert – Stichwort: Infraschall.

Diesem unverantwortlichen, allein ideologiebetriebenen Ausbau der Windkraft der letzten Jahre spendieren Sie jetzt mit Ihrem Erlass die angemessene Beerdigung zweiter Klasse. Das finden wir gut.

(Beifall von der AfD)

Ein Hauptziel im Einzelplan 14 ist der Versuch, irgendetwas nachzubauen, was sich Silicon Valley nennt und als Heiliger Gral der Ideenfindung gilt.

Das Silicon Valley lebt nicht davon, dass sich Heerscharen von Wirtschaftsförderern auf Dutzenden von Veranstaltungen mit der Verwaltung von Geldern befassen und sich mit beseelten Politikern treffen. Das Silicon Valley ist ausschließlich deshalb erfolgreich, weil erfolgreiche Investoren Unternehmen unterstützen, die mit einer Wahrscheinlichkeit von über 90 % pleitegehen – 10 % aber eben nicht.

Diese erfolgreichen Investoren sind dort auch nie nur Kapitalgeber. Sie sind Berater, bringen Know-how ein und sind Wegbegleiter. Das hilft den Gründern.

Mit der Einführung eines Gründerstipendiums ist das sicherlich nicht zu erreichen. Dabei handelt es sich um einen recht bescheidenen Ansatz. Das Einzige, was davon übrig bleiben wird, ist vermutlich die Verwaltungsstelle, die das Programm verwaltet.

Zu erwarten sind auch reichlich Mitnahmeeffekte. Wie wollen wir dem Wähler erklären, dass 90 % der Gelder wahrscheinlich verloren sind? Wie gesagt, beträgt die Verlustquote im Silicon Valley 90 %.

Es ist eben nicht das hergeschenkte Geld, das Innovationen und Ideenreichtum befördert, sondern es sind die Parlamente – also Sie alle – und eine nie endende Flut von Gesetzen und Verordnungen, die Erfindergeist einbremsen. Es fehlt nicht an staatlicher Unterstützung für Gründer. Der Regulierungswahn ist das Problem.

Man kann Exzellenz nicht kaufen. Man kann sie aber durch Rahmenbedingungen abwürgen.

(Beifall von der AfD)

Wer junge Wissenschaftler an Universitäten und Forschungsanstalten unzureichend bezahlt – so möchte man ergänzen –, muss sich auch nicht wundern, wenn sie in die USA abwandern.

Ich kann nicht verstehen, warum Sie auch im Einzelplan 14 allen Ernstes Gender Budgeting anwenden. 2012 haben CDU und FDP im Bund noch festgestellt – ich zitiere –:

> „Aus Sicht der Bundesregierung ist Gender Budgeting im Rahmen des Bundeshaushalts kein geeignetes Instrument, um die Gleichberechtigung der Geschlechter durchzusetzen.“

Warum wenden CDU und FDP diesen rot-grünen Unfug dann hier im Land weiter an? „Weg damit!“, kann doch nur die Devise sein.

(Beifall von der AfD)

Ihr Haushalt sieht dann auch noch Mittel für die Erkundung von Standorten für Pumpspeicherkraftwerke vor. Diesen Ansatz können Sie auch streichen. Jeder, der hier einmal in Heimatkunde unterrichtet wurde, weiß, dass die Topografie in Nordrhein-Westfalen solche Standorte nicht hergibt. Und wenn es sie gäbe: Die Atomkraftgegner haben doch schon längst umgeschult und wettern mit gleicher Inbrunst gegen solche Bauwerke, wie sie auch gegen Überlandleitungen gewettert haben.

(Beifall von der AfD)

Wir bleiben dabei: Man kann Exzellenz und Fortschritt nicht kaufen. Man kann aber beides durch ausufernde Regulierung erschweren. Genau da müssen wir ansetzen. Das kann und darf zukünftig nicht so bleiben. – Meine Damen, meine Herren, vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Strotebeck. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Soziale Marktwirtschaft findet zunächst einmal in der Wirtschaft statt. Politik hat dafür zu sorgen, dass allen Akteuren dafür klare und faire Regeln vorgegeben werden. Politik hat in der sozialen Marktwirtschaft dafür zu sorgen, dass es fair zugeht und dass es zu einem hinreichenden sozialen Ausgleich kommt. Es braucht klare Spielregeln, die Arbeitnehmer und Verbraucher schützen und Innovationen ermöglichen.

Politik muss auch die Mittel für beste Bildung, für Forschung und für Technologie bereitstellen und die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass über Transfer diese neuen Erkenntnisse schnell in die Praxis übersetzt werden.

Darum muss sich Politik kümmern, lieber Herr Sundermann. Genau darum, wenn ich das so sagen darf, haben Sie sich während Ihrer Regierungszeit zu wenig gekümmert. Nein, im Gegenteil: Sie wurden an diesem Kümmern auch durch Ihren Koalitionspartner, die Grünen, ganz wesentlich gehindert. Das ist in den letzten sieben Jahren doch Fakt gewesen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Horst Becker [GRÜNE]: Da waren Sie doch in Leipzig!)

– Lieber Herr Becker, Sie sind doch hingegangen und haben mehr Kreativität und Kraft dafür aufgewendet, sich zu überlegen, wie Sie den Goliath Nordrhein-Westfalen mit vielen kleinen und mittleren Fesseln am Boden festmachen konnten.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das ist doch Ihre Politik gewesen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit akribischer Kleinarbeit spüren wir nun diese Fesseln auf – in Gesetzen, in Verordnungen, in Verwaltungsprozessen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir arbeiten das jetzt konsequent und sehr schnell auf, damit Nordrhein-Westfalen wieder Tempo aufnehmen kann, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

und die Kräfte entfalten kann, die in diesem Land schlummern.

(Beifall von der CDU und der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Endlich sonntags einkaufen!)

Lieber Herr Becker, dann muss man doch auch einmal Ehrlichkeit walten lassen. Sie streichen mal eben so das Thema „Braunkohle“ vom Tisch. Das tun Sie ganz beiläufig mit dem Hinweis, der Ministerpräsident solle sich nicht um die Kohle kümmern, sondern um Siemens, General Electric usw.

(Michael Hübner [SPD]: Und so weiter!)

Natürlich müssen wir uns auch um diese Fragen kümmern.

(Horst Becker [GRÜNE]: Dann mal los!)

– Bei Siemens sagt mir jedenfalls die Gewerkschaft: Das Thema ist mindestens drei Jahre alt. – Da frage ich: Was haben denn Ihre Regierungsvertreter getan, um proaktiv mit dem Unternehmen zu reden?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir entziehen uns der Verantwortung nicht.

(Michael Hübner [SPD]: Doch!)

Wir gehen dem nach.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das sieht die IG Metall aber ganz anders! Unterhalten Sie sich mal mit denen!)

Das sind rentable Unternehmen, die eigentlich selbst in der Verantwortung stünden, sich in der sozialen Marktwirtschaft zu kümmern – mit den Beschäftigten – und Zukunftskonzepte zu entwickeln.

Gehen Sie bei Gasturbinen einmal zu MAN in Oberhausen. Dort hat sich die Firmenleitung mit den Mitarbeitern gekümmert. Sie haben schon eine neue Generation von Gasturbinen aufgelegt. Sie verkaufen sie bereits. Sie haben sich angepasst.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Die anderen haben das nicht in dem Maße getan.

Wir werden natürlich auch hier versuchen, zu vermitteln. Sie gehen aber in Anbetracht solcher Herausforderungen einfach hin und sagen, das Thema „Braunkohle“ könne man zur Seite legen. Herr Becker, es war doch Ihre Partei, die vor der Landtagswahl und in den Sondierungen deutlich gemacht hat, im Jahr 2020 mit 9 GW aus der Kohle mit 40 Millionen t CO_2-Reduktion herausgehen zu wollen. Wie Sie genau wissen, hätte das bedeutet, dass der Braunkohletagebau in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 hätte eingestellt werden müssen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Wissen Sie, wie viele Menschen dort beschäftigt sind? Das sind nicht hier 500 und dort 1.000; das sind 30.000 und mehr Mitarbeiter unmittelbar, und die mittelbaren Effekte auch auf Stahl und die anderen Sektoren gehen in Nordrhein-Westfalen in die Größenordnung einer Viertelmillion Beschäftigten. Über die gehen Sie einfach so hinweg und sagen: Das können wir mal eben abräumen. – Das ist doch Ihre Sicht auf die Dinge.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Becker, eine kluge und vorausschauende Politik wäre gewesen, dass Sie schon spätestens im vergangenen Jahr, wenn Sie es mit Ihren Klimazielen ehrlich gemeint hätten, der mit der Großen Koalition verabredeten Teilrücknahme von gewissen Kraftwerken so nicht zugestimmt hätten, sondern sich vor der Landtagswahl mit Ihrem Koalitionspartner hingestellt und gesagt hätten, dass da noch mehr notwendig ist, und dann in einen Dialog eingetreten wären und konsensual mit den Gewerkschaften und den Unternehmen überlegt hätten: Wie kriegen wir das denn sozialverträglich hin? Wie kriegen wir das ohne Strukturbrüche hin?

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das haben Sie aber nicht gemacht. Sie gehen einfach nach der Wahl hin und sagen: Das können wir alles mal eben zur Disposition stellen.

Nein, wer es mit dem Industriestandort Nordrhein-Westfalen ernst meint, muss sich vor die Industrieunternehmen stellen und sich langfristig fragen: Wie schaffen wir es, Nordrhein-Westfalen so modern und klimafreundlich umzubauen, dass wir das Pariser Abkommen 2030 und 2050 erfüllen können? Das heißt nämlich, dass die Klimaschutzziele in ganz erheblichem Maße nur durch Innovationen und durch neue Investitionen in den Standort Nordrhein-Westfalen erfüllt werden können.

Dafür wollen wir die Voraussetzung schaffen – durch beste Bildung, durch Forschung und Technologie, durch einen Standort mit schnellen Genehmigungsverfahren und damit verbundener Planungssicherheit. So wollen wir dafür sorgen, dass Unternehmen und Arbeitnehmer bereit sind, in diesen Standort Vertrauen zu haben, zu investieren und die Zukunft zu gestalten. Daran arbeiten wir. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Wir sind damit am Schluss der Aussprache zum Teil a), Wirtschaft und Landesplanung, im Zusammenhang mit dem Einzelplan 14.

Wir steigen nun nach Verabredung der Fraktionen ein in die Beratung von Teilbereich

b) Energie

Ich eröffne hierzu die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Kollegen Sundermann das Wort. Bitte schön.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Minister hat schon einiges zum Thema „Energie“ gesagt. Auch ich möchte bei diesem Thema einsteigen.

Gestatten Sie mir am Anfang einige Sätze zur Windkraft. Bei unserer Anhörung zur Windkraft wurde deutlich, dass der Abstand von 1.500 m, den Sie in Ihren Erlass geschrieben haben, nur als Lippenbekenntnis zu deuten ist.

Sie sagen jetzt – das finden wir, ehrlich gesagt, auch ganz gut –: Wir wollen diese 1.500 m wirklich und wollen sie jetzt auch über den LEP rechtssicher etablieren. – Ich bin froh darüber, dass Sie diese Aussage hier getroffen haben. Denn jetzt wird klar, dass Sie diese 18.000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, die entsprechenden Investitionen in Milliardenhöhe und die Energiewende in Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle opfern wollen.

Wenn Sie einen Abstand von 1.500 m vorschreiben, fallen 80 % der Flächen weg. Alle Experten haben gesagt, dass Repowering dies nicht ausgleichen kann. Insofern werden wir dann diesen Strukturbruch mit langfristigen Schäden für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen haben. Ich bin froh darüber, dass Sie an dieser Stelle jetzt ehrlich sind und das auch so deutlich ausgesprochen haben.

(Beifall von der SPD)

Zweitens möchte ich kurz auf Folgendes eingehen: Energiepolitisch ist diese Landesregierung außer beim Thema „Windkraft“ bisher kaum in Erscheinung getreten. Eine Ausnahme haben wir erlebt. Rund um die Jamaika-Gespräche – Herr Minister Pinkwart hat es angesprochen – gab es so etwas wie eine Gigawatt-Lotterie: 3 GW vom Netz nehmen – 5, 6, 9 GW.

Herr Pinkwart, Sie haben im Ausschuss ausgeführt, dass Sie sich immer sehr eng mit Herrn Laschet abgestimmt hätten, dass Sie immer eine gemeinsame Linie gefahren hätten. Das sieht Ihr Generalsekretär, Herr Vogel, scheinbar ein wenig anders. Er sagt, die Wahrheit sei, dass Armin Laschet leider NRW-Industriearbeitsplätze auf dem schwarz-grünen Koalitionsaltar geopfert hätte. Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie hatten schon gegen die Jamaika-Pläne im Energiebereich demonstriert, die die CDU bereits gebilligt hatte, meine Damen und Herren.

Waren Sie jetzt eng beieinander? Oder ist das auch Ihre Position gewesen? Dann stehen Sie im klaren Widerspruch zur Aussage Ihres Generalsekretärs. Diesen Widerspruch können Sie vielleicht – Sie haben ja noch Redezeit – gleich auflösen.

Es ist nämlich so, dass man an dieser Stelle eben nicht eine Gigawatt-Lotterie spielen kann. Denn es geht nicht um eine Lotterie, sondern um Menschen. Das haben Sie auch gesagt, Herr Pinkwart. Es geht um 25.000 oder 30.000 Menschen, es geht um den Industriestandort Deutschland, und es geht um den Energiestandort Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, Ihnen fehlen an dieser Stelle Kompass und Orientierung. Deswegen können wir diesem Haushalt auch nicht zustimmen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, einen Moment. Ich wollte Sie nicht unterbrechen. Der Kollege Hovenjürgen hatte sich aber zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Frank Sundermann (SPD): Gern. Ich hatte ein bisschen wenig Redezeit. Insofern bedanke ich mich dafür.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kollege Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Danke, lieber Kollege Sundermann, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Herr Sundermann, ist es erstens Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass bei den Jamaika-Gesprächen sowohl der Wirtschaftsminister als auch der Ministerpräsident in enger Abstimmung mit den Unternehmen und den Gewerkschaften unterwegs gewesen sind, was die Frage des Energiestandortes Nordrhein-Westfalen angeht?

Ist es zweitens Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass die Haltung Nordrhein-Westfalens von den SPD-geführten Bundesministerien für Wirtschaft und für Umwelt in Berlin konterkariert bzw. permanent infrage gestellt worden ist?

Frank Sundermann (SPD): Herr Hovenjürgen, vielen Dank für die Frage, die Sie mir gestellt haben. Gustav Heinemann hat ja einmal gesagt: Wenn man mit einem Finger auf einen anderen zeigt, dann zeigen vier Finger auf einen selbst zurück. – Das ist Ihnen gerade ganz deutlich passiert.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Das war ja nicht meine Interpretation der Jamaika-Gespräche, sondern die Interpretation des Generalsekretärs Ihres Koalitionspartners. Vielleicht müssen Sie diese Fragestellung einmal interkoalitionär klären. – Vielen Dank für die Frage, Herr Hovenjürgen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Rehbaum das Wort. Bitte schön.

Henning Rehbaum (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wirtschafts- und Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen ist eine untrennbare Einheit. Darauf legen wir Wert, und daran muss sich alles ausrichten.

In Deutschland sind in den letzten Jahren die Energiekosten und insbesondere die Stromkosten enorm gestiegen. Darauf müssen wir achten und dem entgegenwirken. Aber, liebe Freunde von der SPD, nicht nur für die Wirtschaft, sondern gerade auch für die Menschen mit niedrigem Einkommen ist es wichtig, dass der Strom bezahlbar bleibt.

Nordrhein Westfalen ist das Energieland Nummer eins in Deutschland. Rund 30 % der Bruttostromerzeugung und rund 30 % des industriellen Stromverbrauchs erfolgen hier, und rund 31 % der bundesdeutschen Treibhausgasemissionen stammen von hier. Etwa 240.000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt von der Energiewirtschaft ab – 44.000 Jobs bei den diversen erneuerbaren Energien, über 200.000 Jobs in energieintensiven Industrieunternehmen.

Dazu kommen die Klimaziele von Paris, zu denen wir uns bekennen, und eine große Elektrifizierungswelle vor allem im Verkehr, die uns bevorsteht.

(Horst Becker [GRÜNE]: Jetzt ist er im falschen Absatz!)

Ganz nebenbei wollen wir Belgien mit einer erheblichen Menge Strom aushelfen, damit endlich die Atomkraftwerke Tihange und Doel abgeschaltet werden.

Deswegen wollen wir eine wirklich funktionierende Energiewende ohne Ideologie. Dafür wollen wir unser bundespolitisches Gewicht in die Waagschale werfen.

(André Stinka [SPD]: Welches Gewicht, Herr Rehbaum?)

Denn die Interessen des Industrie- und Energielandes Nordrhein-Westfalen sind so gewichtig, dass sie in Berlin durchaus Gehör finden können.

Hierzu ein aktueller Fall: Zuletzt konnte man in der Presse lesen, dass die Betriebe, die KWK-Anlagen für den Eigenverbrauch nutzen, ab 2018 von der teilweisen Befreiung von der EEG-Umlage erst einmal nicht mehr profitieren können. Das SPD-geführte Bundeswirtschaftsministerium ist sehenden Auges in eine Genehmigungsfalle gelaufen.

Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des DIHK, sagt dazu – Zitat –:

„Betroffen von der Erhöhung der Umlage sind einmal mehr vor allem industrielle Mittelständler, die sowieso bereits die höchsten Strompreise in Europa bezahlen müssen."

Unser Unionskollege Thomas Bareiß aus dem Deutschen Bundestag stellt fest – Zitat –:

„Dass diese Probleme überhaupt auftreten, irritiert mich sehr, denn die jetzt kritisierten Regeln bestehen seit 2014, und das Bundeswirtschaftsministerium hatte uns 2016 versichert, man habe sich darüber mit der EU-Kommission verständigt."

Das ist also noch viel zu tun. Wir müssen die KWK stärken und nicht schwächen, liebe SPD.

(André Stinka [SPD]: Aha!)

Zu unseren energiepolitischen Leitlinien möchte ich Folgendes sagen: Wir müssen zu energiepolitischem Gleichgewicht aus Bezahlbarkeit, Klimaschutz und nicht zuletzt auch Versorgungssicherheit zurückfinden. Das Ziel steht fest. Über den Weg dorthin wird richtigerweise auch in diesem Hohen Haus gestritten.

Wir wollen Energiepolitik und Klimaschutz technologieoffen betreiben und von ideologischen Verengungen freihalten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gute Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen muss mehr leisten als parteipolitisch motivierte Oppositionspolemik um Windkraft und Braunkohle. Was Nordrhein-Westfalen braucht, ist eine Energiewende mit Sorgfalt und ohne Strukturbrüche. Das ist unser Anspruch für Nordrhein-Westfalen. Dafür stehen die hervorragende Arbeit von Wirtschaftsminister Pinkwart und der engagierte Einsatz von Ministerpräsident Armin Laschet in Berlin.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Im Bereich des Energie- und Klimaschutzes des Haushalts sind die Ausgaben um 23,7 Millionen € aufgestockt worden. Nahezu verdoppelt ist das Förderprogramm progres.nrw. 80 Millionen € stehen für innovative Mobilitätskonzepte in den Kommunen bereit. Es gibt ein Sofortprogramm Elektromobilität mit 20 Millionen €. 100 Millionen € stehen als Verpflich-

tungsermächtigung für die Verknüpfung der Fernwärmeschienen Rhein-Ruhr zur Verfügung. Dazu gibt es 6,5 Millionen € für Pumpspeicher. Auch die Themen „Fotovoltaik“, „Geothermie“, „Power-to-Gas“ und „Carbon2Chem“ kommen ins Spiel.

Den maßvollen Ausbau der Windkraft flankieren wir mit einer Bundesratsinitiative zur Korrektur der katastrophalen Ausschreibungspraxis für neue Windräder. Diese Versteigerungsverfahren entstanden unter einem SPD-geführten Bundeswirtschaftsministerium. Sie sind die größte Bedrohung für die heimischen Jobs in der Windkraftindustrie.

(André Stinka [SPD]: Hat die Kanzlerin damals schon nicht gearbeitet, Herr Rehbaum?)

67 % der 18.000 Windkraftjobs hängen – auch wenn ständig das Gegenteil behauptet wird – ohnehin schon am Export und sind weder von deutschen Ausschreibungen noch von NRW-Rahmenbedingungen betroffen.

(Michael Hübner [SPD]: Dann lassen Sie die Rahmenbedingungen doch so, Herr Rehbaum, wenn sie davon nicht betroffen sind!)

Doch etwa 33 % der Windkraftarbeitsplätze hängen am deutschen Ausschreibungssystem. Hier setzt unsere Bundesratsinitiative an.

(Michael Hübner [SPD]: Bundesratsinitiative? Ach, wie niedlich!)

Wir wollen mehr Planungssicherheit und eine Stärkung heimischer Arbeitsplätze in der Windkraft.

(André Stinka [SPD]: Sagen Sie das einmal den Bürgermeistern!)

Den Strukturwandel wollen wir ebenfalls finanziell begleiten. Das Rheinische Revier, das Ruhrgebiet und auch Ibbenbüren, lieber Kollege Sundermann, werden wir nicht vergessen.

Hinzu kommen fast 7 Millionen € plus knapp 14 Millionen € an Verpflichtungsermächtigungen für Maßnahmen mit Klimaschutzwirkung.

Mit den Mitteln im Bereich Energie und Klimaschutz gestalten wir die Energiewende. Wir leisten einen wichtigen Beitrag für bezahlbaren Strom für die Bürger und werden der Verantwortung des großen Industrie- und Energielandes Nordrhein-Westfalen gerecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Brems das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nicht alles, was glänzt, ist Gold. Das gilt auch für diesen Haushalt.

Fangen wir direkt mit dem an, was Herr Rehbaum auch schon genannt hat, nämlich dem Förderprogramm progres.nrw. Die Landesregierung schreibt in den neuen Förderbedingungen: Ersetze „Fotovoltaik-Mieterstrommodelle in Wohngebäuden“ durch die Wörter „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge“.

Das ist die alte FDP in neuen Kleidern: Tesla-Fahrer statt Mieterinnen und Mieter unterstützen!

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

– Lassen Sie mich doch ausreden, bevor Sie sich aufregen. – Damit das klar ist: Natürlich begrüßen wir Initiativen für mehr Elektromobilität. Diese aber gegen andere Aspekte des Klimaschutzes und der Energiewende auszutauschen, hilft der Sache insgesamt nicht. Es hätte dieser Landesregierung wirklich gut zu Gesicht gestanden, wenn sie Lösungswege gesucht hätte, wie Mieterstrommodelle weiter auch in NRW zusätzlich zur Bundesförderung unterstützt werden können.

Aber diese Landesregierung ist an einer sozial verträglichen Energiewende nicht interessiert und stürzt sich lieber auf prestigeträchtige Projekte, die ihrer Stammwählerschaft zugutekommen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Dieses Ausspielen einer guten Sache gegen die andere versucht Schwarz-Gelb auch bei den erneuerbaren Energien. Sie wollen beispielsweise Hochtemperatur-Solarthermie oder Geothermie stärker fördern. Aber gleichzeitig hauen Sie der Windenergie einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Weil die Energiewende mittlerweile von der breiten Bevölkerung gewünscht und unterstützt wird, stellt sich auch die FDP nicht mehr offen dagegen. Stattdessen versuchen Sie aber, ihr einen Stein nach dem anderen in den Weg zu legen. Das sind anscheinend die Steine von Herrn Rehbaum, die er eben den anderen Unternehmen aus dem Rucksack nehmen wollte.

Herr Minister Pinkwart, Sie versuchen sich immer an Teflon-Statements. Aber Ihre Teflonpfanne ist abgenutzt. An ihren Kratzern bleibt umso mehr Dreck hängen. Niemand – wirklich niemand! – konnte in der Anhörung in der vergangenen Woche sagen, wie die von Ihnen immer wieder propagierte Abstandsregelung von 1.500 m zur Wohnbebauung rechtlich durchsetzbar sein soll. Es gab dazu nicht den sonst üblichen Streit zwischen Juristen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie kommen auch nicht mehr mit Akzeptanz weiter; denn Sie wollen ideologiegetrieben die Windenergie einfach nur fesseln.

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist es!)

Weil ein Ausbau der Windenergie in Ihren Plänen nicht vorkommt und die erneuerbaren Energien an anderen Stellen einfach vorgeschoben sind, muss die Braunkohle nach Ihrer Logik ungebremst abgebaut werden, und die Kraftwerke müssen immer weiter laufen. Ihnen ist dabei egal, welche schlimmen Folgen für das Klima das hat.

(Zuruf von der FDP)

Wir wollen keinen Strukturbruch im Rheinischen Revier.

(Christian Loose [AfD]: Sie wollen alle Arbeitsplätze vernichten!)

Deswegen sagen wir schon lange und nicht erst seit wenigen Monaten, dass wir einen Kohleausstieg brauchen, dass wir darüber reden müssen und dass wir den Strukturwandel gestalten müssen. Das sagen wir schon lange.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Sie nehmen dagegen den Strukturbruch, der in der Windenergie droht, einfach grinsend hin. Er ist Ihnen vollkommen egal.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Norwich Rüße [GRÜNE]: So sind sie halt!)

Als Fazit: Nicht überall, wo „Energiewende“ draufsteht, ist auch Energiewende drin. Auf diesem Haushalt steht zwar „Energiewende“, aber eigentlich ist „weiter so mit der Braunkohle“ drin. Statt die Chancen der Energiewende zu nutzen, betreiben Sie Energiepolitik von vorgestern, und da machen wir nicht mit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Als nächster Redner hat für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Brockes das Wort. Bitte schön.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Börschel hat gerade – meines Erachtens zu Recht – beklagt, dass zu wenig auf die Argumente der anderen eingegangen werde. Daher, Kollege Sundermann, hätte ich mir gewünscht – Sie wussten ja, dass der Minister schon zum Thema „Energie“ gesprochen hat –, dass Sie dazu auch etwas sagen.

(Frank Sundermann [SPD]: Ja, habe ich das nicht? Das habe ich doch!)

Auch wenn Kollege Börschel jetzt nicht da ist, komme ich seinem Wunsch gerne nach.

Frau Kollegin Brems, es ist schon witzig. Wenn Sie die FDP hier als Tesla-Fahrer-Partei darstellen, gebe ich Ihnen den Hinweis: Drehen Sie sich mal um. Hinter Ihnen sitzt der ehemalige Umweltminister, der sich als Einziger hier auf Kosten des Landes einen Tesla geleistet hat.

(Beifall von der FDP, der CDU und der AfD)

Das soll die Klientel sein, die wir vertreten? Sorry, da haben Sie wieder einmal ein völlig falsches Bild der FDP.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Brockes, Frau Kollegin Brems hat Ihre Aufforderung direkt genutzt und möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

Dietmar Brockes (FDP): Bitte. Immer gern.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Brockes, herzlichen Dank dafür. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich eben ganz klar gesagt habe, dass es gerade nicht darum geht, Tesla-Fahrer gegen Mieterinnen und Mieter auszuspielen, Sie das aber hier tun? Sie ersetzen das eine durch das andere, und das ist das Problem. Deswegen frage ich Sie, ob Sie bereit sind, das zur Kenntnis zu nehmen, was ich gerade gesagt habe, und es nicht einfach zu verdrehen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Hä? – Henning Höne [FDP]: Das lesen wir aber noch mal nach!)

Dietmar Brockes (FDP): Ich habe das zur Kenntnis genommen, aber Sie haben gerade etwas völlig anderes gesagt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben nämlich eben versucht, die Gruppen gegeneinander auszuspielen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Wie gesagt, schauen Sie sich lieber Ihre eigene Partei an, um zu sehen, wer alles zu dieser Klientel gehört.

Der andere Punkt: Herr Kollege Sundermann, Sie haben die sogenannte Gigawatt-Lotterie angesprochen. Dann frage ich: Wer hat die denn betrieben? Es waren ja nicht die Jamaika-Gesprächspartner, sondern Ihre Umweltministerin, Frau Hendricks, und der Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium,

Herr Baake, haben dieses Lotteriespiel in die Sondierungen hineingetragen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD: Oh! – Frank Sundermann [SPD]: Wer hat verhandelt? – André Stinka [SPD]: Typisch FDP! Keine Verantwortung übernehmen!)

Machen Sie sich da bitte ehrlich. Darauf bin ich sehr gespannt. – Ich würde den Mund jetzt nicht zu voll nehmen, Herr Sundermann!

(Frank Sundermann [SPD]: Oh doch, sehr gern! Noch voller!)

Warten wir einmal ab, was in Berlin bei den Sondierungen zwischen CDU und SPD herauskommt. Ich sage Ihnen ganz klar: Ich erwarte von der NRW-SPD, dass sie sich für den Energiestandort Nordrhein-Westfalen einsetzt, damit hier auch weiterhin Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

(Beifall von der FDP und der CDU – Michael Hübner [SPD]: Nachdem Sie alles verkauft haben! – Zuruf von André Stinka [SPD])

Man hätte es eigentlich erwarten können: Wieder einmal wird in der Energiepolitik allein über Kohle- und Windenergie gesprochen. Damit werden Sie dem Energieland Nordrhein-Westfalen nicht gerecht. Wenn Sie weiterhin nur diese beiden Bereiche in den Fokus nehmen, dann wird es leider dazu kommen, dass die Energiewende scheitern wird.

(Michael Hübner [SPD]: Sie nehmen sie doch in den Fokus! Das ist doch Ihr Erlass!)

Deshalb bin ich sehr froh, dass die neue Landesregierung mit dem Energieminister dafür sorgt, dass Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit wieder ins Gleichgewicht kommen und gleichrangig nebeneinander Beachtung finden.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Wichtig ist auch, dass wir technologieoffen herangehen. Denn nicht die Politik weiß, welche Technik die richtige ist, Frau Brems, das sollten wir lieber den Expertinnen und Experten und dem Markt überlassen,

(Zuruf von der SPD: Ja, genau! – Monika Düker [GRÜNE]: Der Markt wird es schon richten!)

damit wir endlich wieder zu bezahlbaren Energiepreisen kommen, gerade auch für die Mieterinnen und Mieter in unserem Land.

Um auf den Haushalt einzugehen – das haben die Kolleginnen und Kollegen vorher leider versäumt –: Ich finde es enorm wichtig und richtig, dass die neue Landesregierung hier andere Schwerpunkte setzt als die Vorgängerregierung, dass die Punkte, die in der Energiepolitik in der Vergangenheit immer wieder zu kurz kamen, jetzt nach vorne gestellt werden.

Das ist zum einen die Energieeffizienz; denn das spart Kosten und Emissionen. Bei der Energieeffizienz haben wir enorme Potenziale in Nordrhein-Westfalen, die endlich gehoben werden müssen. Mit innovativen Produkten und unserer exzellenten Forschung haben wir alle Möglichkeiten, das voranzubringen, und das macht die Landesregierung. Darüber bin ich sehr froh, und dafür bin ich sehr dankbar.

Das ist zum anderen – auch der Punkt fand unter Rot-Grün nie Beachtung – eine effiziente Vernetzung. Gerade das Thema „Sektorkopplung“ findet sich bei den Regierungsparteien und im Koalitionsvertrag so stark wieder wie nie zuvor. Gerade wir in Nordrhein-Westfalen haben hierbei enorme Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Daran setzt der Haushaltsentwurf an. Dafür bin ich dankbar. Ich freue mich, dass wir in die richtige Richtung gehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächster Redner hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Loose das Wort. Bitte schön.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kommen wir zum Haushaltsbereich Energie. Nach den Reden der schwarz-grün-gelben Koalition in den letzten Wochen in den Ausschüssen war leider keine Verbesserung zu erwarten. Ganz im Gegenteil! Die Grünen fanden den Haushalt sogar so toll, dass sie gar keine Änderungsanträge gestellt haben.

Die AfD hat Ihnen Änderungsanträge vorgestellt, durch die Sie mehrere Millionen € hätten einsparen können. Nun gut, die Altparteien glauben anscheinend weiterhin daran, dass der Weihnachtsmann die Geschenke bringt und der Mensch die Hauptverantwortung für die Klimaerwärmung trägt. Natürliche Effekte, die seit Millionen von Jahren auftreten, gibt es aus Sicht der Altparteien seit etwa drei Jahrzehnten wohl nicht mehr. Anders lässt es sich nicht erklären, warum jedes Jahr rund 50 Millionen € für die Rettung des Menschen vor dem natürlichen Klimawandel verschleudert werden.

Das geht aber nur so lange, wie Ihnen das Geld anderer Leute, sprich: der Steuerzahler, nicht ausgeht. Diese Steuerzahler sind die Malocher, die aufgrund Ihrer Klimaverschwendungspolitik ihre Arbeitsplätze verlieren. Das sind die Stahlarbeiter von thyssenkrupp, das sind die Arbeiter von Siemens. Fragen Sie die doch mal, was sie von Ihrer Politik halten. Diese Arbeiter, die ihren Job verlieren, sind die Opfer Ihrer Politik.

(Beifall von der AfD – Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch Quatsch!)

– Das ist so, Herr Laumann. Die politischen Rahmenbedingungen sorgen dafür, dass diese Firmen abwandern müssen.

Die AfD hat sich immer gegen diesen Irrsinn gestemmt, der auf Dauer zur Verarmung und Deindustriealisierung Deutschlands führen wird. Die Industrie mit ihren Malochern hat den Wohlstand in Deutschland geschaffen. Dies gelang bis in die 80er-Jahre über gute politische Rahmenbedingungen. Sie jedoch torpedieren das nun mit Ihren planwirtschaftlichen Maßnahmen, die sich die SED in der DDR nicht besser hätte ausdenken können.

(Beifall von der AfD)

Dieses riesige planwirtschaftliche Experiment wird die Industrieunternehmen in Deutschland in die Knie zwingen, bis sie frustriert abwandern oder als schwache Unternehmen von asiatischen Firmen geschluckt werden, wie wir es im Fall thyssenkrupp und Tata erlebt haben.

Die NRW-Koalition faselt wie alle anderen Parteien auch gerne von der Bedeutung der Industrie für dieses Land und seinen Wohlstand. Wenn man sich jedoch die politischen Maßnahmen anschaut, erkennt man, dass alles nur Worthülsen sind.

Gerade im Bereich der Klimaverschwendungspolitik findet sich ein Füllhorn an ökonomischer Idiotie. Ich nenne zwei Beispiele:

Erstens. Sie wollen im ganzen Land Stromtankstellen für Elektroautos aufstellen, die es gar nicht in großer Anzahl gibt. Gäbe es so viele Elektroautos in Nordrhein-Westfalen, wie Sie es wünschen, zum Beispiel eine Million, dann würde das lokale Netz zusammenbrechen, wenn sie alle gleichzeitig geladen würden.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Aber das ist Ihnen anscheinend gar nicht in den Sinn gekommen. Erst einmal wird das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Es finden sich schon viele Firmen, die die Gelder in Millionenhöhe in Anspruch nehmen und sich darüber freuen; denen ist es schließlich egal, ob am Ende irgendein Auto an dieser Tankstelle überhaupt Strom laden wird. Die Hauptsache ist, sie haben das Geld bekommen.

Haben Sie je einen Netzbetreiber gefragt, wie das prognostizierte Ladeprofil einer solchen Tankstelle aussehen wird? Das sollten Sie einfach mal machen.

Zweites Beispiel: Sie wollen jetzt ernsthaft für 6 Millionen € die Erforschung von Pumpspeicherkraftwerken in Nordrhein-Westfalen fördern. Wir wissen ja mittlerweile um die Folgen von rot-grüner Bildungspolitik, aber dass die geografischen Kenntnisse der neuen Landesregierung so schlecht sind, hätten wir wahrlich nicht gedacht.

(Beifall von der AfD)

Vor ein paar Monaten hat EnBW das Projekt Atdorf nach acht Jahren Planung fallen lassen. Dort lag das Oberbecken auf einer Höhe von 1.100 m, das Projekt war nicht wirtschaftlich.

Ich empfehle Ihnen, nach „höchster Berg in NRW“ zu googeln, und dann denken Sie bitte noch einmal über die 6 Millionen € für die Suche nach einem Pumpspeicherkraftwerk nach.

Meine Damen und Herren, diese beiden Beispiele alleine reichen, um darzulegen, warum wir dem schwarz-grün-gelben Haushalt nicht zustimmen können; denn die AfD will im Gegensatz zu Ihnen die Arbeitsplätze in Deutschland retten. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Gerade im Energieland Nordrhein-Westfalen ist entscheidend, was auch in der Debatte bereits deutlich wurde: Wir müssen unsere Energie- und Klimaschutzpolitik an einem klaren Zieldreieck orientieren. Energie muss klimafreundlich, sicher und bezahlbar bleiben.

Das ist wichtig für unsere Bürgerinnen und Bürger, für die Verbraucher und ebenso für die Unternehmen. Das gilt für das Handwerk, für die Selbstständigen, für den Mittelstand, aber auch für die energieintensiven Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Dort ist eine Viertelmillion Menschen beschäftigt. Das hat also größte Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsicherheit, auf die Zukunft von Familien, Regionen und damit auch unseres Landes.

Das ist im Kontext der Energiewende gar nicht so trivial; denn die Energiewende ist nicht so optimal organisiert worden, wie wir uns das in den letzten Jahren gewünscht hätten. Sie hat zu erheblichen Verteuerungen geführt. Alleine beim EEG sind Sonderlasten von jährlich 25 Milliarden € anhängig, die von 96 % der Unternehmen und von den privaten Haushalten zu tragen sind. Das belastet und schränkt unsere Handlungsspielräume erheblich ein. Es ist ein Damoklesschwert über den noch vom EEG befreiten Unternehmen, um deren Befreiung wir immer wieder neu ringen müssen.

Insofern ist angezeigt, dass wir aus den Fehlern der Energiewende lernen. Das können wir nur tun, indem wir eine Energiepolitik, eine Klimapolitik mit Maß und Mitte verfolgen, einen vernünftigen Mix aus erneuerbaren und konventionellen Kraftwerken, indem wir viel mehr Wert auf den Einsatz digitaler Instrumente legen, etwa mit virtuellen Kraftwerken, indem wir Innovationen stärker zum Einsatz bringen, auch auf der Seite der energieintensiven Industrien, damit wir sie am Standort dauerhaft wettbewerbsfähig erhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Rehbaum hat entsprechende Technologien angesprochen, die wir viel stärker zum Einsatz bringen wollen. „Carbon2Chem“ und andere Initiativen sind wichtig und hilfreich, genauso wie etwa die Umstellung von der Kohlenstoff- auf die Wasserstoffproduktion im Bereich der Stahlwirtschaft. Das Thema haben wir im Übrigen mit den Stahlunternehmen am Montag in unserem strukturierten Dialog sehr intensiv behandelt.

Auch mit den Gewerkschaften führen wir in den nächsten Monaten sehr gerne weitere Gespräche; denn mit Investitionen in neueste Technologien könnten wir die Industrien am Standort Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig machen.

Eines müssen wir in der öffentlichen Debatte berücksichtigen, auch wenn die Kohlediskussion von den Grünen mal so und mal so geführt wird: Kein Industrieland der Welt hat sich aus beidem gleichzeitig verabschiedet, sowohl aus der Kernenergie als auch aus der konventionellen Energieumwandlung.

Wir werden spätestens im Jahr 2022 aus der Kernenergie aussteigen. Die Leistung müssen wir erst einmal dauerhaft, zuverlässig, rund um die Uhr ersetzen. Dazu müssen wir auch die Erneuerbaren weiterentwickeln, die Netze ausbauen, Speichertechnologien vorantreiben.

Wir brauchen aber auch ein Marktdesign, das es angezeigt sein lässt, konventionelle Energie im Standby vorzuhalten, damit uns Blackouts erspart bleiben und eine durchgängige Versorgung zu bezahlbaren Preisen möglich wird. Das ist alles andere als selbstverständlich.

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nummer eins; das haben wir immer gesagt. Aber damit es das Energieland Nummer eins bleiben kann, muss es unser Interesse sein, dass wir sowohl die konventionelle Energie am Standort weiterentwickeln und wettbewerbsfähig halten als auch die erneuerbare vorantreiben.

Da dürfen wir nicht ideologisch sein und nur den Wind in den Mittelpunkt stellen, wie es insbesondere die Grünen gemacht haben, sondern wir müssen in der Breite die Chancen der Erneuerbaren nutzen. Dazu schaffen wir jetzt im Rahmen unseres zweiten Entfesselungspakets die Voraussetzungen; denn es ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Vorgänger im Rahmen des LEP beispielsweise Fotovoltaik auf minderwertigen Flächen begrenzt haben. Die können wir doch nutzen. Das Gleiche gilt für die Geothermie und andere Erneuerbare.

Wir setzen auf Pluralismus, auf Technologieoffenheit auch bei den Erneuerbaren und wollen den Wettbewerb in den Dienst besserer Leistungsergebnisse stellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich zum Klimaschutz noch sagen, dass wir hier ja eine weltweit große Herausforderung zu bewältigen haben, sich aber auch viele Chancen bieten. Wir setzen nicht nur auf Top-down-Strategien, sondern nehmen die Kommunen mit. Kommunaler Klimaschutz ist für uns ein großes Thema, nicht zuletzt deshalb, weil Bonn, Nordrhein-Westfalen, Sitz der Organisation zur weltweiten Vernetzung von Regionen und Kommunen im Bereich des Klimaschutzes ist. Wir haben hier die Möglichkeit, Vorreiter zu sein. Die wollen wir nutzen. Das haben wir auch bei der COP 23 gezeigt. Wir sind dankbar, dass sich eine wachsende Zahl von Kommunen an unseren Wettbewerben beteiligt und ihre Infrastruktur nachhaltig ausrichten will.

Die neue Landesregierung war es doch, die sehr früh im Kontext der Dieseldiskussion gesagt hat: Lassen wir einerseits die Verbraucherinnen und Verbraucher, die zu Recht auf Vertrauensschutz bauen können, in Ruhe mit ihren Kaufentscheidungen der Vergangenheit. Gehen wir aber gleichzeitig in die Zukunft und öffnen Deutschland für die Elektromobilität. Bosse großer Autofirmen haben sich noch dagegen ausgesprochen, als wir in Nordrhein-Westfalen schon umgesteuert haben.

Wir sind stolz darauf, dass wir Start-ups aus Hochschulen haben, wie der in Aachen, die Elektroautos in Nordrhein-Westfalen entwickeln und bauen. Darauf hat die neue Landesregierung frühzeitig ihre Politik ausgerichtet. Dafür schaffen wir die Infrastruktur.

Jetzt freuen wir uns darüber, dass es offensichtlich selbst bei den Bossen großer Autofirmen angekommen zu sein scheint, dass man hier umsteuern muss. Insofern haben wir einen Impact nicht nur auf die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Damit sind wir am Schluss der Aussprache zum Teilbereich b) Energie.

Wir kommen nun zum Teilbereich

c) Innovation und Digitalisierung

Ich eröffne hierzu die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD der Kollegin Kampmann das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Christina Kampmann (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So sieht also die Entfesselung aus, über die jetzt alle sprechen. Da gibt es Mittel für private Unternehmen. Da gibt es einen großen Topf für die Digitalisierung der Landesverwaltung, aber es gibt keine finanziellen Ansätze für die gesellschaftspolitische Dimension der Digitalisierung. Das alles scheint frei nach dem Motto zu funktionieren: Wenn es bei den Start-ups so richtig brummt, dann funktioniert der Rest von ganz alleine.

Wenn es um die Wirtschaft geht, dann entfesselt diese Landesregierung gerade alles, was nicht bei drei auf den Bäumen ist.

Ich frage mich aber, sehr geehrter Herr Pinkwart: Wann entfesseln Sie eigentlich einmal so etwas wie Schulen, Hochschulen, aber auch Universitätsklinika? Wo bleiben eigentlich die Mittel für die digitale Bildung, aber auch für den Anschluss von Schulen an schnelles Internet oder für den Daten- und Verbraucherschutz? Auch das ist Digitalisierung. Auch dafür müssen die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

Mit Verlaub, die 5 Millionen €, die für den flächendeckenden Anschluss von Schulen an schnelles Internet vorgesehen sind, werden mit Sicherheit nicht reichen. Ich glaube, das ist uns allen klar. Das ist aus meiner Sicht ein Witz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man diesen Haushalt liest, dann wird einem klar, worum es der Landesregierung eigentlich geht: Es geht um die alte „Privat-vor-Staat“-Ideologie, versteckt hinter einem freundlichen Lächeln, versteckt aber auch hinter knackigen Slogans und frischen Farben.

Ich glaube, wir alle wissen, dass es vor allem die Unternehmen selbst sind, die mehr in die digitale Transformation investieren müssen. Dabei müssen wir sie unterstützen. Das funktioniert mit einer digitalen Verwaltung. Da sind Sie durchaus auf dem richtigen Weg.

Deshalb konnten wir uns in Ostwestfalen-Lippe, ehrlich gesagt, vor Freude kaum retten, als Sie die digitale Modellregion OWL verkündet haben. Als wir dann aber gesehen haben, was dazu im Haushalt tatsächlich vorgesehen ist, ist diese Euphorie doch relativ schnell gewichen. Es sind 12 Millionen €. Das ist der zweistellige Millionenbetrag, von dem Sie gesprochen haben.

Als wir aufgrund einer Anfrage der Grünen – vielen Dank noch einmal dafür – auch noch erfahren mussten, dass diese 12 Millionen € zwischen vier Modellregionen aufgeteilt werden müssen, da war uns klar: Von dem Betrag bleibt nicht mehr viel übrig.

Ich sage Ihnen, lieber Herr Pinkwart: Wenn Sie die digitale Zeitenwende tatsächlich schaffen wollen, dann brauchen wir mehr Investitionen, auch jenseits von Start-ups. Dann brauchen wir auch Investitionen in die digitale Bildung. Dann brauchen wir Investitionen in die Transformation der Arbeitswelt und Investitionen in die gesellschaftspolitische Dimension der Digitalisierung. Die haben Sie leider nicht im Blick. Deshalb können wir diesem Haushalt leider nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Zuruf von der FDP)

– Es tut mir leid.

(Beifall von der SPD und Horst Becker [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kampmann. – Es hat als nächster Redner nun für die Fraktion der CDU der Kollege Braun das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Florian Braun (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das, was der Koalitionsvertrag in Aussicht gestellt hat, wofür die Landesregierung, der Minister und die NRW-Koalition geworben haben, bekommt mit dem Haushaltsplan 2018 im Geschäftsbereich Innovation und Digitalisierung einen soliden Rahmen. Digitalisierung ist seit Sommer dieses Jahres mehr als nur ein „Mega“-Schlagwort vergangener Jahre, sondern wird mit klaren Vorstellungen verknüpft. Das hat die Diskussion im Ausschuss gezeigt.

Frau Kampmann, Sie waren bei der Aussprache im Ausschuss zum Haushalt nicht da. Ansonsten hätten Sie vielleicht von den Kollegen gehört, dass es durchaus auch positive Stimmen der Opposition zu diesem Einzelplan gab.

(Beifall von der CDU)

Das freut mich. Ich bin gespannt, was Kollege Bolte-Richter gleich sagen wird. Ich kann mir vorstellen: Da gibt es gute Ansätze, aber da geht noch mehr, da hätte noch mehr kommen können. – Das ist eine Binsenweisheit. Mehr geht immer.

(Beifall von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Aber die traurige Wahrheit ist, dass weniger Digitalisierung als in den letzten sieben Jahren kaum noch

möglich gewesen wäre. Von diesem Standpunkt kommen wir, und da setzen wir an.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir bringen Ideen ein, fördern und unterstützen innovative Politik. Das und jegliche Überzeugung haben der alten Landesregierung gefehlt.

Für die Abgeordnete Kraft – üblicherweise wieder einmal nicht in den Wirren des Plenaralltags zu finden, aber vielleicht richten Sie ihr das aus – war das Motto noch, die Hauptidee: „MegaBits. MegaHerz. MegaStark.“ Das sollte die Mega-Idee für die Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen sein? Das kann es nicht gewesen sein.

Die Digitalisierung ist in den letzten Jahren verschlafen worden. Wir räumen jetzt auf. Das ist nicht schön, aber es ist auch nicht irreparabel. Das machen wir jetzt mit diesem Haushalt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Denn klar ist ebenso: Nordrhein-Westfalen ist innovativ, Nordrhein-Westfalen ist weltoffen, und Nordrhein-Westfalen hat Potenzial, wirtschaftsstark zu sein. Diese Potenziale wollen wir in der Symbiose mit den digitalen Möglichkeiten unseres Landes, unserer Wirtschaft, unserer Gesellschaft nutzen. Das spiegelt der Haushalt 2018 zielgerichtet wider: Innovationskraft in Nordrhein-Westfalen freisetzen, Digitalisierung in und über Politik spürbar machen.

Ein paar Highlights herausgegriffen: digitale Infrastruktur. Frau Kampmann, Sie haben darauf Bezug genommen. Wir schaffen eine breitere Basis für die Kofinanzierung des Breitbandförderprogramms des Bundes. Auch das ist wichtig. Natürlich zehren wir viel davon, aber umso wichtiger ist es, dass wir hier auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen – 220 Millionen € allein im nächsten Jahr.

Natürlich setzen wir weitere Schwerpunkte für die Schulen. Denn wichtig ist, dass das Gigabitnetz engmaschiger wird und dass an den neuralgischen Stellen angefangen wird. Sie können sich darüber beschweren, dass es nur 5 Millionen € sind. Ich erinnere mich, dass es bei Ihnen null Millionen waren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Frank Sundermann [SPD])

Wir werden dafür insgesamt 60 Millionen € in den Verpflichtungsermächtigungen vorsehen. Es ist nur ein Teilbereich.

Auch die Bürgerbreitbandprojekte werden wir fördern. Das war bei Ihnen nicht der Fall. Hierfür stellen wir Gelder zur Verfügung, um den Know-how-Transfer zu gewährleisten. Wir setzen Gelder frei für 5G, Testfelder, Testprojekte, um auch die mobile Gigabitnetzinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweites Stichwort: digitale Wirtschaft. Der Kollege Henning Rehbaum hat bereits einiges benannt. Auch werden wir die EFRE-Programme fortführen und weiter nutzen,

(Michael Hübner [SPD]: Davon hat er nichts gesagt, der Herr Rehbaum!)

um Innovation und Forschung in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Das Schöne ist – das freut mich –, dass 80 % all dieser Mittel im Wirtschaftsministerium gebündelt werden.

(Michael Hübner [SPD]: Davon hat er nicht gesprochen, Herr Braun!)

– Er hat über die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen gesprochen, und EFRE ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Wirtschaftspolitik. 80 % der Mittel laufen nun im Wirtschaftsministerium zusammen

(Michael Hübner [SPD]: Das ist nicht ungewöhnlich!)

und ermöglichen dadurch eine bessere, eine straffere Abstimmung von Fördermaßnahmen.

(André Stinka [SPD]: Aha!)

Digitale Verwaltung ist das dritte Stichwort, eine der Big Challenges, denen wir uns stellen, stellen müssen. Das werden wir tun, auch mit digitalen Modellregionen.

(Michael Hübner [SPD]: Aha!)

Sie wundern sich vielleicht. Ich habe das durchaus von Anfang an so im Haushaltsplan lesen können. Wir jedenfalls schaffen digitale Modellregionen. Die hat es bei Ihnen nicht gegeben. Das ist wichtig, um Vorreiter in diesem Land für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu werden, damit auch andere

(Michael Hübner [SPD]: Sie glauben das wirklich!)

von diesen Profis der digitalen Verwaltung und der digitalen Kommunen lernen und profitieren können. Das müssen Sie nicht akzeptieren,

(Michael Hübner [SPD]: Aber Sie glauben das wirklich!)

aber das werden wir fördern. Dann können andere Kommunen tatsächlich davon lernen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Florian Braun (CDU): Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Insgesamt werden wir dem Kapitel Digitales mehr als 60 Millionen € neu hinzufügen. Das ist eine deutliche Prioritätenverschiebung im Vergleich zu dem, was Rot-Grün in den vergangenen Jahren gemacht hat.

Da Weihnachten vor der Tür steht, bedanke ich mich bei der Landesregierung für den Haushaltsentwurf. In Anbetracht des anstehenden Jahres und des Einzelplans 14 verspreche ich Nordrhein-Westfalen ein digitalpolitisch erfolgreiches Jahr 2018. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Braun. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Bolte-Richter das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Braun, so richtig artig können Sie ja nicht gewesen sein, wenn der Weihnachtsmann Minister Pinkwart diesen Haushalt als Weihnachtsgeschenk mitbringt. Denn wenn man sich einmal ansieht, wie groß die Ansprüche aus der schwarz-gelben Oppositionszeit waren und was daraus geworden ist, was jetzt in der Digitalpolitik von Schwarz-Gelb übrig geblieben ist, dann stellt man fest: Das ist gescheitert. Schwarz-Gelb ist nicht die Koalition, mit der NRW digitaler wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das liegt eben nicht daran, dass Sie nicht konnten, sondern das liegt daran, dass Sie nicht wollten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist das!)

Sie haben in diesem Haushalt nicht den Schwerpunkt gelegt, von dem Sie gerade gesprochen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schauen wir uns das im Einzelnen an: digitale Infrastruktur. Wenn es nach den Ankündigungen von CDU und FDP gegangen wäre, dann wären wir zwei Tage nach dem Regierungswechsel bei Glasfaser bis auf jeden Bauernhof gewesen. Es gibt jetzt eine moderate Verbesserung bei der Kofinanzierung. Das stelle ich überhaupt nicht infrage. Wir werden auch, wenn alles durch ist, was an Projekten bewilligt wurde, bei 50 MBit/s deutlich über 90 % liegen.

Wir waren nicht nur in den letzten Jahren immer schon an der Spitze, wir sind auch beim Zuwachs an der Spitze. Beim Zuwachs liegen wir deutlich vor Bayern. Auch das ist eine Frage, die uns in den letzten Jahren immer beschäftigt hat.

Sie haben bisher immer nur die von Rot-Grün bezahlten Förderbescheide herausgegeben.

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist das!)

Auch mit Ihrer Erhöhung setzen Sie keine eigenen Akzente. Das muss man sich vor Augen führen.

Bei uns war immer klar: Jeder Antrag, der nach dem Bundesprogramm finanzierbar und bewilligungsfähig ist, der wird auch vom Land kofinanziert. Das machen Sie jetzt weiter. Das ist in Ordnung, aber das ist nicht Digital Leadership. Das ist digitaler Dienst nach Vorschrift, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD])

Auf Ihren anderen Baustellen sieht es doch nicht anders aus.

Was haben wir in diesem Landtag über EFRE-Mittel für den Breitbandausbau in Gewerbegebieten gestritten? Das wurde von CDU und FDP mit einer unendlichen Ausdauer gefordert. Jetzt ist keine Rede mehr davon. Sie wollen 7 Milliarden € in die Infrastruktur für den Glasfaserausbau investieren, aber es fehlen immer noch jegliche Hinweise darauf, wie Sie das machen wollen.

Eines ist klar, liebe Kolleginnen und Kollegen gerade von der FDP: Die mehr als 10 Milliarden €, die in den Jamaika-Verhandlungen schon geeint waren, waren der FDP offensichtlich nicht wichtig genug.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt werden wir darauf warten, was aus Berlin kommt. Sie haben die Möglichkeiten, die es dort gab, nicht genutzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch bei der digitalen Verwaltung gibt es wenige Neuigkeiten. Eine Frist im E-Government-Gesetz soll nach vorne gezogen werden – schön und gut; digitale Modellregion – schön und gut. Aber wie das konkret aussehen soll, wie Sie die Zielmarken für die digitale Prozessoptimierung nach vorne ziehen wollen, wie Sie die Beschäftigten in diesem Prozess mitnehmen wollen, wie diese Schritte finanziert werden sollen, dazu gibt es von Ihnen keine Aussagen. Sie müssen sich gefallen lassen, dass wir Sie darauf hinweisen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Überall bleibt die Landesregierung bei Ankündigungen und im Ungefähren. Es ist aus meiner Sicht schändlich, dass Sie keine Impulse bei der Transparenz setzen. Die digitale Demokratie müsste ein Leitthema für eine Landesregierung sein, die sich die Digitalisierung auf die Fahnen schreibt. Es darf keinen Stillstand bei Open Data geben, aber genau auf dem Weg sind Sie, wenn Sie nur das Open-Data-Gesetz des Bundes mit seinen völlig unzureichenden Standards in Landesrecht umsetzen wollen.

Zur digitalen Wirtschaft ist schon einiges bemerkt worden. Die schwarz-gelbe Bilanz: In Ordnung ist die Fortsetzung rot-grüner Projekte und rot-grüner Strategie. Wir freuen uns, dass Minister Pinkwart inzwischen vom Konzept der DWNRW-Hubs überzeugt ist. Herr Minister, führen Sie das bitte weiter – diese Struktur brauchen wir, und sie ist gut –, nicht nur im nächsten und übernächsten Jahr, sondern auch über den ersten Projektzeitraum hinaus.

Die politische Linie, die Sie anlegen, hilft aber Gründern nicht. Gründer brauchen keine schwarz-gelbe Ideologie, sondern sie brauchen konkrete Maßnahmen zur Unterstützung. Ich finde, dass es Gründerinnen und Gründer in diesem Land nicht verdient haben, immer wieder als Begründung für Ihre neoliberale „Privat-vor-Staat"-Ideologie herangezogen zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum letzten Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zu den Herausforderungen des stationären Einzelhandels durch den E-Commerce fällt der Landesregierung bis auf eine arbeitnehmerfeindliche Ausweitung der Ladenöffnungszeiten nichts ein. Den analogen Handel kann man aber nicht durch analoge Maßnahmen retten. Das wird nichts. Sie sagen nichts dazu, wie Sie diesen Bereich weiterentwickeln wollen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Fazit: Ein bisschen gut gemeint ist noch nicht gut gemacht. Wo „Gründer" draufsteht, ist „Privat vor Staat" drin. Die Digitalisierung ändert alles, aber Sie wollen Ihre Politik nicht ändern. Unsere Unterstützung dürfen Sie dafür nicht erwarten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte-Richter. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Matheisen das Wort.

Rainer Matheisen (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Wenn wir über den Haushalt für Digitalisierung und Innovation sprechen, dann sprechen wir nicht nur über Zahlen, sondern wir sprechen über die tiefgreifendste Veränderung unserer Gesellschaft seit der industriellen Revolution.

Wenn wir über den Haushalt für Digitalisierung und Innovation reden, dann reden wir nicht nur über Zahlen, sondern über Zukunftschancen einer jeden Bürgerin, eines jeden Bürgers in unserem Land.

Wenn wir über den Haushalt für Digitalisierung und Innovation sprechen, dann sprechen wir nicht nur über Zahlen, sondern wir sprechen über neue Lösungen für alte Probleme.

Die NRW-Koalition möchte das Leben der Menschen durch neue Ideen und Technologien besser machen. Genau das drückt sich in den Zahlen dieses Haushalts aus.

Frau Kampmann, Herr Bolte-Richter, Sie haben das nicht erkannt. Sie haben anscheinend einen anderen Haushaltsplan gelesen als ich. Wir haben einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt. Indem wir beispielsweise 5 Millionen € zusätzlich in Breitband an Schulen investieren, legen wir den Grundstein für weltbeste Bildung unabhängig von Herkunft, Migrationshintergrund oder Wohnort.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Indem wir 12 Millionen € zusätzlich in digitale Modellregionen und -kommunen investieren, legen wir den Grundstein dafür, dass die Menschen ihre wertvolle Lebenszeit nicht mehr auf schummrigen Behördenfluren mit der Wartemarke in der Hand verbringen müssen, sondern die Zeit für die Erziehung ihrer Kinder, die Pflege von Angehörigen oder ein kommunales Ehrenamt verwenden können.

(Beifall von der FDP)

Indem wir erstmals 1,7 Millionen € in ein Gründerstipendium investieren, legen wir den Grundstein dafür, dass Menschen auch dann eine gute Idee umsetzen können, wenn sie keinen finanziellen Background und keine reichen Eltern haben, die ihnen in der harten Gründungsphase Miete, Brot und Milch bezahlen können.

(Beifall von der FDP und Florian Braun [CDU])

Das ist eine neue soziale Frage, eine Frage der neuen sozialen Fairness, die wir als NRW-Koalition beantworten.

Wir wollen solche Zukunftsfragen gemeinsam diskutieren und beantworten, anstatt kleinteilig und kleingeistig – wie gerade von Rot und Grün geschehen – in der Vergangenheit zu verharren und Forderungen zu stellen, die man selbst in der Vergangenheit überhaupt nicht erfüllt hat.

Wir wollen die Zukunft so gestalten, dass durch die Chancen der Digitalisierung alle Menschen in NRW ein besseres Leben haben können.

Wir wollen, dass der Verkehr durch Innovationen flüssiger läuft und durch neue Technologien das Klima wirksamer geschützt wird.

Lassen Sie uns doch in den kommenden Jahren gemeinsam darüber diskutieren. Ich lade auch die Kol-

leginnen und Kollegen der demokratischen Oppositionsfraktionen von Rot und Grün ausdrücklich dazu ein.

Ich glaube, dass der vorliegende Haushaltsentwurf den Grundstein dafür legt, diese Diskussion führen zu können und ernsthaft da rangehen zu können – mit dem neu geschaffenen Ausschuss und dem Digitalministerium mit Minister Pinkwart, dem ich ebenso wie den Kolleginnen und Kollegen der Christdemokraten ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit danke. Packen wir die Zukunft an und beschließen wir gleich diesen Haushaltsentwurf und diesen Einzelplan! – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. – Für die AfD-Faktion spricht Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Digitalisierung ist ja das Modethema schlechthin und hat zweifelsohne in den vergangenen Jahren die Nachhaltigkeit beim Phrasenbingo des Sonntagsredners überholt. Und es stimmt: Die Digitalisierung stellt alles auf den Kopf.

Der Rechner, das Smartphone, das Tablet und natürlich insbesondere das Internet haben unsere Arbeits- und Lebenswelt revolutioniert. Man darf vermuten, dass wir uns erst am Anfang dieses Prozesses befinden. Wir wissen nicht, welche Entwicklungen vor der Tür stehen, und wir wissen nicht, wie unsere Welt auf lange Sicht aussehen wird. Das können wir auch nicht wissen; denn wir sind Politiker und keine Propheten.

Aus diesem Grund sollten wir uns auch nicht einreden, dass wir die Digitalisierung vorantreiben. Das gilt für alle Fraktionen in diesem Hause, und das gilt auch für die Regierung.

Wir müssen nur eines tun: die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen, und möglichst wenig im Wege stehen. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört – das ist kein Geheimnis – eine geeignete und leistungsfähige Infrastruktur oder, um es ganz profan auszudrücken, das Vergraben von Glasfaser und das Aufstellen von Antennen.

Da ist es anzuerkennen, dass die Landesregierung die Mittel ordentlich aufgestockt hat. Das ist auch wichtig und richtig; denn der ländliche Raum darf nicht von einem der wichtigsten Rohstoffe der Zukunft, dem schnellen und breitbandigen Anschluss an das Internet, abgehängt werden. So weit, so gut.

Nun ist es aber nicht so, dass die digitale Wirtschaft in Deutschland lediglich an mangelnder Infrastruktur krankt. Unsere Städte – die spielen in NRW ja eine große Rolle – sind bereits recht gut vernetzt. Dort stehen in der Regel breitbandige Anschlüsse bereit.

Nichtsdestotrotz stehen die berühmten Gründergaragen in Kalifornien und nicht bei uns. Das liegt eben nicht daran, dass der Staat zu wenig tut, sondern es liegt daran, dass er oft zu viel tut. Innovative Geschäftsmodelle scheitern bei uns an einer schier undurchdringlichen Decke aus Regulierungen und Bürokratie. Da traut sich die Landesregierung aber nicht heran.

Beispiel Uber: Während die Menschen an immer mehr Orten auf der Welt diesen unkomplizierten und komfortablen Mobilitätsdienst nutzen können, scheitert er in Deutschland an einem Personenbeförderungsgesetz aus dem Zeitalter der Droschkenkutscher.

Beispiel Airbnb: Während sich viele Städte auf der Welt ganz neue Touristengruppen erschließen und sich viele Bürger nebenbei ein Zubrot als Gastgeber verdienen können, wird hierzulande schon an allerlei Gesetzen, Satzungen und Regulierungen gestrickt, um den Hoteliers ihr teures Monopol zu bewahren.

Die Landesregierung bringt Entfesselungspakete ein, die sicherlich wichtige Impulse beinhalten: Impulse für den Einzelhandel, Impulse für die Bauwirtschaft usw. Das sind alles Leute mit einer Lobby. Das sind alles Leute, die ab und an ein Büffet in den Landtag stellen und die Sektkorken knallen lassen.

Gründer aber, meine Damen und Herren, haben so etwas nicht.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Die müssen erst Geld verdienen, bevor sie Lobbyarbeit machen können. Genau diese Gründer sind es, die unter Ihrer Mutlosigkeit am meisten leiden, meine Damen und Herren, von Schwarz-Gelb.

Ja, wir wissen, dass man auf der linken Seite des Hauses Leistung für etwas erhält, was man beantragen muss, und dass man glaubt, dass man mit Planstellen und neuen Behörden Innovationen schaffen kann. Aber von Ihnen, meine Damen und Herren von der Landesregierung, hätten wir uns da etwas mehr erhofft. Herr Lienenkämper sprach noch heute Morgen von dem Aufstiegsversprechen. Deshalb, Herr Pinkwart, in Zukunft bitte nicht nur „Fieber first“ sondern auch ein bisschen mehr „Bedenken second“. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Tritschler. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Kampmann, es war doch interessant, zu hören, was Sie hier gesagt haben. Es mag vielleicht daran liegen, dass Sie dem Landtag in der vorvergangenen Legislaturperiode 2010 bis 2012 und auch noch danach nicht angehört haben, sondern erst später als Ministerin dazugekommen sind, als von Ihrer Partei und den Grünen schon alles verändert wurde. Aber es ist trotzdem nett, dass Sie hier eine aus meiner Sicht sehr sympathische Forderung, hinter der Ihre Fraktion hoffentlich steht, aufgestellt haben, indem Sie gesagt haben: Wir brauchen eine Entfesselung der Schulen und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das fand ich ein bemerkenswertes Statement; denn gerade das haben wir zwischen 2005 und 2010 gemacht, und Sie haben es massiv rückabgewickelt. Sie haben die Hochschulen in ihren Möglichkeiten sehr stark eingeengt und beklagen jetzt, etwa bei der Digitalisierung, dass man nicht weit genug kommen würde.

Wir wollen es wieder ändern, weil wir glauben, dass dort der Sachverstand ist und dass dort die Möglichkeiten bestehen, mit eigenen Ideen und Konzepten voranzugehen. Wir sorgen für die Rahmenbedingungen und eine hinreichende Finanzierung. Das machen wir auch bei der Infrastruktur. Hier stehen 220 Millionen € – das ist angesprochen worden – für die Kofinanzierung bereit, eine ganze Menge Geld.

Aber das gibt es auch für die digitalen Modellregionen. Erst einmal danke ich Ihnen, dass Sie anerkennen, dass OWL das macht. Das freut uns auch. 12 Millionen € im Jahr 2018 sind aber nur der Einstieg. Sie hätten auch sagen können – das ersehen Sie aus dem Haushalt –, dass der Betrag in den nächsten Jahren aufwächst und dass bis 2021 weitere 79 Millionen € für die Modellregion zur Verfügung stehen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, zeigen Sie mir bitte einmal eine Modellregion in Deutschland, die so viel Geld bekommt, wie wir es in Nordrhein-Westfalen bereitstellen.

Im Übrigen: Ostwestfalen-Lippe ist für uns nicht nur bei der digitalen Verwaltung und bei der digitalen Stadtentwicklung ein Vorreiter, sondern auch bei Factory 4.0. Hier war es der Landtag als Ganzes, der 2016 gefordert hat, man müsse den Bundescluster fortsetzen. Aber es sind doch diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen, die sich vorgenommen haben, it's OWL fortzusetzen und für diese Region in den nächsten Jahren insgesamt 50 Millionen € zusätzlich bereitzustellen, damit wir in Deutschland und in Europa weiterhin führend bei 4.0 sein können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich finde, das ist ein ganz tolles Commitment – vor allen Dingen ein Commitment den Unternehmern, die wir haben, den Wissenschaftlern und den Menschen gegenüber, die die Dinge vorantreiben.

Das gilt auch bei der Schule. Wir steigen bei der ergänzenden Digitalausstattung mit einem Betrag von 5 Millionen € ein, haben für die Folgejahre aber bereits weitere 55 Millionen € in Aussicht genommen. Ich sage Ihnen hier: Wenn es gut anläuft, wenn alle mitmachen, wird es sicherlich nicht am Haushaltsgesetzgeber scheitern, wenn wir hier noch etwas draufsatteln. Dann werden wir das auch tun.

Wir haben die gute Schule; hier sind Investitionen möglich. Wir haben zusammen mit dem Bund die Kofinanzierungsmittel, mit denen wir jetzt auch die Gigabitnetze in die Schulen einführen können. Die Infrastruktur wird sich also wesentlich verbessern. Darauf freuen wir uns.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Gründern sagen. Das habe ich eigentlich nicht ganz verstanden. Frau Kampmann, Sie beklagen, dass wir uns um Start-ups kümmern, und Herr Bolte-Richter sagt, es sei gut, dass wir uns weiter um sie kümmerten und das fortsetzten, was Sie damals mit begründet haben.

Ich freue mich, dass wir DWNRW haben. Es ist sehr spät gekommen, aber es hilft uns jetzt beim Start. Wir werden es weiter ausbauen. Wir brauchen diese Gründerinnen und Gründer, und das, Frau Kampmann, ist im positiven Sinne „Privat vor Staat". Ja, wer sonst ist denn ein Gründer? Ein Gründer ist privat. Wollen wir denn jetzt, dass die Landesregierung Unternehmen gründet? Sollen wir die Zukunft gestalten, indem wir Unternehmen gründen? Oder sollen wir für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land gute Rahmenbedingungen setzen, damit sie aus sich selbst heraus ihre Talente zur Entfaltung bringen und sich unternehmerisch einbringen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie kennen sie doch auch aus Bielefeld und aus Gütersloh. Wenn Sie mit den jungen Menschen reden, ist es faszinierend, sie zu beobachten: hochqualifiziert, bestens motiviert und bereit, die Zukunft für sich und andere in die Hand zu nehmen. Wir sollten stolz darauf sein, dass wir diese jungen Talente haben und dass sie sich in diesem Lande entfalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Der Minister hat die Redezeit um 1:40 Minuten überzogen. Wenn es seitens der Fraktionen den Wunsch gibt, noch einmal zu reden, würde ich das zulassen. – Nein, das ist nicht der Fall.

Dann danke ich Ihnen und schließe an dieser Stelle die Aussprache, weise aber mit Blick auf die Uhr darauf hin, dass wir uns in der abstimmungsfreien Mittagszeit befinden und wir somit die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion und über den Einzelplan 14 nach Beratung und Abstimmung über den Einzelplan 08 nachholen werden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 08
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

a) Kommunales und GFG
b) Heimat, Bauen und Wohnen
c) Gleichstellung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1508

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1545

Wir steigen ein in die Beratung von Teilbereich

a) Kommunales und GFG

In Verbindung mit:

Zweisprachige Bezeichnung auf Ortstafeln ermöglichen – Lokale Identität stärken!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1437

Die Aussprache wird durch den Kollegen Dahm von der SPD-Fraktion eröffnet.

Christian Dahm (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Beim Entwurf der Mitte-rechts-Regierung für das Gemeindefinanzierungsgesetzt 2018 zeigen sich eklatante Schieflagen.

Der Gesetzentwurf für das GFG sieht zum großen Teil noch die gleichen Parameter wie das GFG 2017 vor. Dass Sie während unserer Regierungszeit beschlossene Strukturen und Parameter übernehmen, freut uns sehr, und das begrüßen wir als SPD-Landtagsfraktion.

(Henning Höne [FDP]: Das wird nicht so bleiben! – Sven Wolf [SPD]: Das ist eine Drohung, Herr Höne!)

– Ja, ich glaube auch, dass das nicht so bleibt.

Die Summe, die 2018 über das GFG ausgeschüttet wird, soll sogar gegenüber 2017 auf den Betrag von 11,7 Milliarden € wachsen – das hat der Finanzminister heute Morgen schon dargestellt. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 1,1 Milliarden € mehr. Ich sage aber ganz deutlich: Ursache hierfür sind die gestiegenen Einnahmen bei den Verbundsteuern. Das ist keine politische Leistung Ihrer Regierungstätigkeit. Ganz im Gegenteil: Sie nehmen den Kommunen noch einen Teil dessen weg, was ihnen eigentlich zusteht; dazu komme ich aber später noch.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit bei den Investitionspauschalen tragen wir mit. Das ist ein Wunsch der kommunalen Familie, und wir stehen durchaus dahinter.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Dahm, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Ott würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen

Christian Dahm (SPD): Ja, bitte.

(Ministerin Ina Scharrenbach nimmt auf der Regierungsbank Platz.)

Jochen Ott (SPD): Es hat sich schon erledigt, weil die Ministerin hereingekommen ist. Wir sind ja in der Zeit, und es wäre gut, wenn die zuständige Ministerin der Debatte folgen würde. Danke.

(Henning Rehbaum [CDU]: Was ist jetzt die Frage? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das hat etwas mit Respekt zu tun!)

Christian Dahm (SPD): Ich freue mich, dass die Ministerin nun auch bei den sie betreffenden Haushaltsberatungen anwesend ist. Herzlich willkommen! – Ich hätte sie jetzt auch begrüßt, Herr Kollege Ott.

Ich setze fort: Im Rahmen der Änderung des Stärkungspaktgesetzes wollen Sie jedoch die Abundanzumlage in Höhe von insgesamt 91 Millionen € zum Jahr 2018 – also im kommenden Jahr – ersatzlos abschaffen. Korrespondierend soll der Vorwegabzug im GFG zur Finanzierung des kommunalen Anteils im Stärkungspakt in drei Schritten verringert werden.

Die geplante Streichung der Abundanzumlage im Stärkungspakt lehnen wir strikt ab. Das sage ich ausdrücklich, und das wird Sie sicherlich nicht überraschen.

Die Finanzierung durch die kommunale Solidargemeinschaft erfolgte bisher zum einen durch einen Vorwegabzug aus der Finanzausgleichsmasse nach